

Bremen, Oktober 1912.

No 38.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 25. Oktober 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Abegg, Richter Dr.	Hartwig, C. G.
Achelis, Fritz.	Heidrich, E.
Berninghausen, Fr.	Jacobi, C. A.
Bruns, J. H.	Jimmolde, Joh.
Fette, E.	Kloke, W.
Föhne, S.	Koch, G.
Franke, Fritz.	Kohls, P.
Franke, J. Aug.	

Könenkamp, W.	Olufs, W.
Krome, F.	Rohr, Fr.
Krug, E.	Stichnath, C.
Liesau, Dr. med.	Tetens, Dr. jur.
Logemann, Fr.	Theilen, C.
Meyer, Fritz.	Vinnen, J. A.
Nielsen, Dr. jur.	Wellmann, J.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 26. Juli 1912: Anlegung des Osterholzer Friedhofes	746	VIII. Mitteilung des Senats vom 4. September 1912: 2. Dienstwohnung des Rathhausmeisters. (N. j. Verh. gef.)	
II. Mitteilung des Senats vom 13. August 1912: 3. Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau eines Zuchthauses in Oslebshausen	753	IX. Antrag, betreffend die Ruhegeldberechtigung der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter. (N. j. Verh. gef.)	
III. Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 1912: 1. Verlängerung der Frist für die Einziehung von Hund	753	X. Antrag, betreffend Ausdehnung des Fortbildungs- schulwesens auf das Landgebiet. (N. j. Verh. gef.)	
2. Handelsschule der Union	753	XI. Antrag wegen Aenderung des § 71 des Beamtengesetzes. (N. j. Verh. gef.)	
3. Ankauf des Grundstücks Pelzerstraße Nr. 46	753	XII. Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 1912: Durchführung der Talstraße zur Vereinsstraße. (N. j. Verh. gef.)	
IV. Antrag, betreffend Stand der Wohnungsverhältnisse	754	XIII. Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 1912: 1. Verlegung des Altbremer-Ringes zwischen Augeburgerstraße und Lehmfuhlenstraße. 2. Unterführung der Findorffstraße. 3. Regulierung der Grundstücke Ostertor- steinweg Nr. 3 und Am Dobben Nr. 76 und 77. 4. Errichtung einer dritten Regierungsratsstelle bei der Postdirektion. (N. j. Verh. gef.)	
V. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (N. j. Verh. gef.)			
VI. Mitteilung des Senats vom 12. Juli 1912: 14. Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer am Weiserwehr. (N. j. Verh. gef.)			
VII. Mitteilung des Senats vom 19. März und 27. Juli 1912: 3. Neubau des Kammergebäudes auf der Fuhrparkstelle I. (N. j. Verh. gef.)			

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 17 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 22. Oktober:

Errichtung eines Jugendamtes und Änderungen des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, des Gesetzes, betreffend die Generalvormundschaft, und des Gesetzes, betreffend die Zwangserziehung Minderjähriger;
und eine Mitteilung vom 23. Oktober:

1. Fonds für Pflasterarbeiten infolge von Straßenregulierungen;
2. Erwerb von Teilen der Grundstücke Nordstraße, Katasterbezeichnung 161, 162 und 675;
3. Inventar für das Lehrerinnenseminar an der Karlstraße;
4. Herstellung einer Chaussee bei dem Gute Lange-
wisch;
5. Enteignung von Grundflächen an der Admiral-
straße;
6. Gleis Schleife um das Museum.

Der Bürgererschaft sind drei Eingaben zugegangen:

1. eine Eingabe mit 804 Unterschriften, betreffend den Ausbau der Straßenbahn in der westlichen Vorstadt, insbesondere der Hemmstraßengegend, in der gewünscht wird, dahin zu wirken, daß die Baugenehmigung schleunigst erteilt werde, oder daß, soweit etwa Hindernisse der Baugenehmigung entgegenstehen, diese mit möglichster Beschleunigung beseitigt werden;
2. eine Eingabe des Gemeindeausschusses zu Huchting mit dem Wunsche, daß nach Fertigstellung der Dackwischstraße baldmöglichst die Straßenbahn auf dieser neuen Strecke nach Huchting durchgeführt werden möge;
3. eine Eingabe des Vorstandes des Vereins der pensionierten Reichs- und Staatsbeamten in Bremen, betreffend eine gezielte Aufbesserung der Pensionen der Altpensionäre, die vor 1907 in den Ruhestand getreten sind.

Die Eingaben liegen in der Kanzlei zur Einsicht aus.

Herr Blome: Herr Präsident! Meine Herren! In der vorigen Sitzung habe ich einen Fall vorgetragen bezüglich der Armenpflege, wonach einer Witwe das ganze Gehalt entzogen werden sollte. Wir haben die Sache untersucht, und es liegt dem Regierungsrat daran, daß ich eine Erklärung abgebe, welchen Eindruck ich von dieser Untersuchung gewonnen habe. Ich muß erklären nach der stattgehabten Untersuchung, daß ich nicht glaube, von der Untersuchung den Eindruck gewonnen zu haben, daß die Armenpflege oder der Armenaufseher verlangt haben, daß das ganze Monats-

gehalt in Abzug gebracht werden sollte, daß sie also nicht das ganze Geld haben wollen. Diesen Eindruck habe ich von der stattgehabten Untersuchung gehabt, und ich erkläre dieses hier, weil der Regierungsrat einen Wert darauf legt, damit es nicht heißt, die Armenpflege billige derartiges Vorgehen. (Bravo!)

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 26. Juli 1912:

Anlegung des Osterholzer Friedhofes.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand, Beigeordneter Herr Professor Seef.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Die Baukommission hat sich zuerst damit befaßt, zu prüfen, ob bei den einzelnen Gegenständen dieser Vorlage, bei den einzelnen Baulichkeiten irgend etwas zu sparen sei, und ob die Kostenanschläge zu irgend welchen Monitas Anlaß geben. Sie ist zu der Ansicht gekommen, daß wenn die ganze Sache so ausgeführt werden soll, wie sie da ausgezeichnet und projektiert ist, sehr wenig an Abstrichen möglich sein wird. Sie erlaubt sich ferner, der Bürgererschaft für den Fall, daß die Bürgererschaft die Vorlage der Deputation annimmt, vorzuschlagen, die Ladenlokale bei den Eingangsbauten nicht aufzuführen. Sie hat ferner bei dem Kostenanschlage für die große Kapelle gefunden, daß die Kosten für „Insgemein“ zu hoch angelegt sind und beantragt, 10 000 M. davon abzugeben. Sie stellt daher, falls der Antrag der Deputation angenommen werden sollte, zu diesem Antrage folgendes Amendement:

Die Bürgererschaft wünscht, daß von dem Bau von Ladenlokalen bei den Eingangsbauten Abstand genommen wird. Die dafür ersparte Summe und 10 000 M., welche bei dem Titel Insgemein des Kostenanlasses für die Kapelle erspart werden können, sind von der beantragten Summe von 583 000 M. abzugeben.

Nun, Herr Präsident, meine Herren, ist aber die Baukommission der Ansicht, daß man überhaupt dem Antrage der Deputation seine Zustimmung verjagen sollte. Es ist seinerzeit bei dem Projekte, nachdem der Wettbewerb stattgefunden hat und nachdem mit den Architekten verhandelt ist, ein Entwurf vorgelegt worden, und es ist gesagt worden, man könnte mit 411 000 M. aus. Jetzt verlangt die Baudeputation, Abteilung Hochbau, ohne die innere Einrichtung und Inventar eine Summe von 583 000 M. Das ist nach dem Gutachten der Baukommission viel zu viel, und man sollte aus prinzipiellen Gründen eine derartige Vorlage ablehnen. Ich glaube aber auch, daß es möglich sein wird, für 411 000 M. die Baulichkeiten so auszuführen, daß sie vollständig sich dem Rahmen der ganzen Anlage anpassen werden, auch in archi-

tektonischer Hinsicht. Ich habe namens der Baukommission in erster Linie folgenden Antrag zu stellen:

Da das von der Baudeputation, Abteilung Hochbau, jetzt vorgelegte Projekt dem Kostenüberschlag, der bei der Beschlussfassung vom 29. Juni 1910 vorgelegen hat, in keiner Weise entspricht, ersucht die Bürgerschaft den Senat, die Deputation für die Friedhöfe und die Baudeputation, Abteilung Hochbau, zu beauftragen, für die Baulichkeiten Entwürfe vorzulegen, deren Kosten sich in dem ungefähren Rahmen jenes Kostenüberschlages halten.

Ich bitte namens der Baukommission, Herr Präsident, daß die Bürgerschaft diesen Antrag annimmt. (Bravo!)

Herr Davin: Herr Präsident! Meine Herren! Zu dem, was Herr Hagemeyer Ihnen erklärt hat, möchte ich hinzufügen, daß es meiner Ansicht nach dringend notwendig ist, daß ein neuer Kostenanschlag gemacht wird, denn wenn wir dem zustimmen, was jetzt gefordert wird, dann kommen wir keineswegs mit dem Gelde aus. Mit einigen Mitgliedern der Baukommission bin ich gestern morgen zum Friedhof hinausgegangen, um auf dem Friedhof anzusehen, wie weit die Arbeiten sind. Es ist mir da aufgefallen, daß an der Stelle im See, wo die Kapelle erbaut werden soll, wenigstens zwei Drittel des Bodens weggebaggert ist, auf dem die Kapelle zu stehen hat. Von Kosten für Wiederherstellung des erforderlichen Untergrundes ist in dem neuen Anschläge nichts gesagt, diese müssen auf jeden Fall aber noch zugerechnet werden. Bei den dortigen Grundverhältnissen schätze ich diese Kosten nicht für niedrig, und auch aus diesem Grunde halte ich es für notwendig, daß die Vorlage an die beiden Deputationen zurückverwiesen wird. Ich bitte, dem Antrage Hagemeyer zustimmen zu wollen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Herr Präsident! Auch der Senat und ebenso die Baudeputation ist sehr unangenehm überrascht gewesen, als die Vorlage kam, die eine so wesentliche Ueberschreitung gegenüber der vorher veranschlagten Summe enthielt. Der Senat hat, ehe er die Vorlage an die Bürgerschaft gehen ließ, eine nochmalige Prüfung durch die zuständigen Behörden veranlaßt, namentlich in der Richtung, ob es erforderlich sei, die ausgedehnten Arkaden an den beiden Ufern der langen Wasserzüge beizubehalten. Der Senat hat sich aber auf den Vortrag seiner Kommissare für die Friedhöfe überzeugt, daß diese Arkaden, wie sich aus den früheren Verhandlungen ergibt, erforderlich sind, wenn das Projekt den Eindruck machen soll, den man sich von demselben mit Recht versprochen hat, als man sich für seine Ausführung entschied. Der Senat hat deshalb seine Bedenken fallen lassen und die Bürgerschaft um ihre Zustimmung ersucht.

Nun wird beantragt, die Sache an die beiden Deputationen zurückzuverweisen, und ich muß für meine Person erklären, daß, nachdem Herr Davin auf einen Umstand aufmerksam gemacht hat, der mir bis jetzt nicht bekannt gewesen und der vielleicht auf die Kosten von gewissem Einfluß ist, die Zurückverweisung auch mir richtig scheint. Insofern bin ich daher mit der Baukommission einverstanden, ich möchte aber dringend bitten, den Auftrag, den Sie den beiden Deputationen erteilt zu sehen wünschen, anders zu fassen, als es von Herrn Hagemeyer geschehen ist. Es wird gewünscht, daß die Baudeputation ein Projekt vorlege, das sich an die früher ins Auge gefaßten Summe von 411 000 M. hält, während die jetzt beantragten Kosten um 174 000 M. höher sind. Ueber die Gründe der Ueberschreitung wird Herr Professor Seef später Veranlassung nehmen, sich näher zu äußern. Meinerseits möchte ich folgendes erklären: Es ist bei dem früheren Anschläge von 411 000 M., wie immer in solchen Fällen, die Summe für die Bauleitung nicht mit eingeschlossen gewesen; dieser Posten, 55 000 M., ist in der jetzigen Mehrforderung enthalten. Sodann sind die Leichenhallen unter der Kapelle vergrößert worden, und das ganze Projekt ist etwas größer angelegt, als ursprünglich vorgesehen war, namentlich, was die Eingangsbauten betrifft. Will man jetzt an der Summe von 411 000 M. festhalten und verlangen, daß in dieser Summe auch die Kosten für die Bauleitung mit eingeschlossen sein sollen, dann bedeutet das nicht eine Modifikation des vorgelegten Projekts, sondern die Aufstellung eines neuen. Welche Nachteile aber damit verbunden wären, das würde die Friedhofsdeputation am besten auseinanderlegen können. Abgesehen davon, daß wir sehr viel Zeit verlieren würden, ließe sich dann bestenfalls nur eine halbe Arbeit schaffen. Senat und Bürgerschaft sind früher der Meinung gewesen, daß Architekt und Gartenarchitekt zusammen projektieren sollten; es ist ein einheitliches Werk vorgelegt und von Senat und Bürgerschaft angenommen worden, und da würde es doch eine Halbheit bedeuten, wenn man jetzt, nachdem mit den gärtnerischen Anlagen begonnen ist und diese schon weit vorgeschritten sind, die für gerade diese Anlagen berechneten Baulichkeiten durch andere ersetzen würde. Der einzige Punkt, der bei dem Projekte zu Zweifeln Anlaß geben kann, betrifft meiner Ansicht nach die Frage, ob man die Arkaden mit ausführen will oder nicht. Aber gerade sie sind ein wesentlicher Teil der Anlage und unentbehrlich, um das Projekt zur Geltung zu bringen; auch bei der Projektierung der Wasserzüge ist hierauf Rücksicht genommen, so daß wir sie nicht einfach streichen können. Uebrigens sind sie auch nicht nur als architektonisch und ästhetisch wirkende Zutaten zu betrachten, sondern sie geben auch Unterkunftsräume, und es sollen sich an sie Gräber anschließen, die durch die Arkaden ihren Abschluß erhalten werden. Ein

Punkt, der nachgeprüft werden kann, betrifft die bei den Eingangsbauten vorgesehenen Ladenlokale, die die Bürgerschaft gestrichen haben will. Wir haben in der Deputation geglaubt, daß es richtig wäre, den Eingang des Friedhofes etwas weiter auszugestalten, und ein paar Lokale in dieser Gegend des Landgebietes zu schaffen, die z. B. für den Verkauf von Blumen bestimmt wären. Die Lokale würden sich außerdem gewiß gut verzinsen; sollen sie aber gestrichen werden, so läßt sich dagegen nicht viel einwenden. Ich bedauere, daß Herr Hagemeyer bei seinem Referat über die Verhandlungen der Baukommission kein Wort der Anerkennung für das Projekt selbst gehabt, sondern daß er sich lediglich mit der Kostenfrage beschäftigt hat. Ich möchte daher meinerseits bemerken, daß namentlich Herr Blanke sich anerkennend über die große Kapelle geäußert hat; seine Bemerkung ging etwa dahin, daß er an der großen Kapelle am liebsten nichts geändert sehen möchte. Soll die Kapelle aber unverändert bleiben, so wird man auch die Konsequenzen für die übrigen Bauten ziehen müssen, da das Ganze als ein einheitliches Projekt zu betrachten ist.

Nun, Herr Präsident, möchte ich noch die Bitte aussprechen, daß man diese Vorlage wie seither, so doch auch jetzt etwas anders behandeln möge, als Vorlagen, wie sie im Jahre mehrmals wiederkehren. Die jetzigen Friedhöfe sind vor 40 Jahren angelegt worden. Dieser Friedhof hier ist um die Hälfte größer, als die jetzigen, er ist 60 ha groß. Er wird also auf lange Zeit dem Publikum dienen. Wir haben mit dem Erwerb des Grundes recht viel Glück gehabt, und die ganze Anlage des neuen Friedhofs wird sich, auch unter Berücksichtigung der jetzigen Mehrforderung verhältnismäßig nicht entfernt so teuer stellen, wie es die beiden anderen jetzt vorhandenen Friedhöfe getan haben. Wir haben ein Werk vor uns, über dessen Vorzüglichkeit Senat und Bürgerschaft nur einer Meinung gewesen sind, und das man nun auch in der bisherigen Weise durchführen sollte. Jedenfalls sollte sich die Bürgerschaft nicht auf den Standpunkt stellen, wie es durch den Antrag Hagemeyer geschehen würde, wonach dieses Projekt im Resultat aufgegeben und durch ein neues ersetzt werden soll. Für die früher ins Auge gefaßte Summe können Sie nicht ein Projekt schaffen, das dem jetzt vorliegenden entspricht. Natürlich werden sich auch für 411 000 M. eine Kapelle und Eingangsbauten bauen lassen, aber Senat und Bürgerschaft hätten dann jedenfalls nicht das, was sie anfangs gewünscht haben. Ich bitte daher die Bürgerschaft, dem Projekte auch jetzt die wohlwollende Behandlung zuteil werden zu lassen, wie bisher und die Anträge der Deputation anzunehmen.

Herr Professor Seefeld: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte zunächst meinen Dank dafür aussprechen, daß mir selbst als Vater des Projektes Gelegenheit gegeben wird, mein Kind in dieser Ver-

sammlung zu verteidigen. Wenn Sie mir gestatten wollen, ein klein wenig weiter auszuholen, so möchte ich zunächst über die Anlagen der Friedhöfe früher und jetzt etwas sagen. Die Friedhöfe waren in früheren Zeiten ein Stiefkind. Man faßte sie nicht als Anlagen auf, die auch schön sein sollten, sondern man nahm sie als Stätten hin, die nur dem Zwecke der Beerdigung dienten. Das konnte solange geschehen, als die Städte und Gemeinden klein waren, und die Friedhöfe auch kleine Dimensionen hatten. Es waren zu der Zeit zwar schlechte Anlagen, doch hatten sie mit all ihren Fehlern auch enge Grenzen. Als aber die Städte eine so enorme Ausdehnung annahmen, wie die modernen Großstädte in den letzten Jahrzehnten, da genügten für die Friedhöfe nicht mehr die kleinen Plätze in der Nähe der Kirchen oder vor den Toren, da mußten große Flächen dafür angekauft werden. Ich möchte z. B. erwähnen, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um ein paar Morgen für den Friedhof handelt, sondern um ein Terrain, das 60 ha groß ist, also um eine gewaltig große Fläche. Mit der immer wachsenden Erkenntnis, daß es bei allen Anlagen, die für die Dessenlichkeit geschaffen werden, nicht allein darauf ankommt, daß sie ihrem Zwecke schlechthin genügen, gleichgültig, ob sie schön oder häßlich sind, darf man auch bei den Friedhöfen keine Ausnahme machen. Die neuen städtebaulichen Gedanken, die bei allen großen Anlagen in den Vordergrund treten, sind weiter nichts als die Gedanken einer vernünftigen Raumanordnung und Raumgestaltung. Diese Gedanken sind naturgemäß auch auf die Friedhöfe ausgebeht worden, und es ist durchaus kein Zufall, daß die Bremer Behörden sich für die Anlage dieses großen Friedhofes, den Sie draußen in Osterholz schaffen wollten, zur Ausschreibung eines Wettbewerbes entschlossen haben. Es war Ihnen nicht gleichgültig, wie der Friedhof hier angelegt wurde, Sie forderten daher die Künstler von ganz Deutschland auf, ihre Gedanken für die Bebauung und Anlage dieses großen Geländes der Stadt Bremen zur Verfügung zu stellen. Doch hat noch etwas anderes zu diesem Wettbewerbe Veranlassung gegeben. Der Charakter, den der Friedhof haben wird, wird nämlich insofern ein ganz eigenartiger sein, als die Bedingungen, unter denen er entsteht, von dem Ueblichen erheblich abweichen. Diese Abweichung besteht in der Notwendigkeit, das Gelände, das außerordentlich ungünstige Grundwasserverhältnisse hat und für die Bebauung oder andere Zwecke wenig brauchbar ist, zu entwässern. Aufgabe des Künstlers ist es nun, alle von der Natur gegebenen Bedingungen zur Steigerung der Schönheit auszunutzen. Es galt daher in diesem Falle die zur Entwässerung notwendigen Wasserzüge und großen Wasserflächen zu einem besonderen Wirkungsmoment zu machen. Es kam also nicht nur darauf an, irgendwelche Wasserzüge und Wasserflächen herzustellen, sondern die Wasserflächen und -züge mit allem, was

auf dem Friedhofe notwendig war, zu einem organischen Ganzen zu vereinigen. Der Grundgedanke der Anlage dieses Friedhofes mußte auf dem Zusammenwirken der Wasserflächen mit den Pflanzungen und der Architektur basieren. Die Wirkung der Baulichkeiten im Mittelpunkt der Anlage konnte durch den Zusammenhang mit den Wasserflächen erheblich gesteigert werden, wobei die die letzteren umrahmenden Arkaden als verbindende Bauglieder notwendig werden. Die Arkaden, von denen ich höre, daß sie von verschiedenen Seiten angefochten werden, sind daher keineswegs eine willkürliche Zutat, sondern ein für den Aufbau der Gesamtanlage wichtiger Bestandteil. Etwas anderes, was bei der Anlage von Friedhöfen beachtet werden muß, ist die Erkenntnis, daß sie nicht allein für die Toten, sondern in viel höherem Maße für die Lebenden zu schaffen sind. Daß man dem früher nicht ganz Beachtung geschenkt hat, das zeigt sich jetzt in der bedauerlichen Tatsache, daß sie als Stätten des Unbehagens meistens gemieden werden, statt in ihrer Eigenschaft als Parkanlagen für den Betrieb einer Großstadt ausgenutzt zu werden. Etwas anderes ist es mit den modernen Friedhöfen, die zugleich Parkanlagen darstellen. Wenn diese nach Jahren als Friedhöfe geschlossen werden, so erhält die Kommune mit ihnen eine ausgewachsene Parkanlage zum Geschenk.

Wenn ich nun auf das Projekt im einzelnen eingehen darf, so möchte ich folgendes ausführen.

Nachdem der Gedanke der Gesamtanlage durch die Prämierung des Preisgerichts als glücklich gekennzeichnet worden war, entschlossen sich die Bremer Behörden, die Preisträger mit der Ausführung zu betrauen. Allerdings wurde klar, daß das Programm in einigen Punkten zu weit gestellt war, daß zunächst das Krematorium und auch die geforderten zwei weiteren Kapellen sich vorderhand erübrigen könnten. Es wurde daher nur ein Platz für diese festgelegt, aber von der Ausführung zunächst noch Abstand genommen. Indessen mußte das zu einer Umänderung des Projekts führen. Das Krematorium, wie es ursprünglich ausgeführt werden sollte, war als der charakteristischste und in den Abmessungen größte Bau in den Mittelpunkt der ganzen Anlage gerückt, wo es inmitten der Wasserfläche eine ganz eigenartige Wirkung ausüben sollte. An seine Stelle mußte ein Bau von gleicher Bedeutung treten, und so wurde die große Kapelle, die bisher zur Seite lag, als Rundbau in die Mitte gesetzt. Die Vorschläge der Architekten konnten bei der Kürze der Zeit naturgemäß nur skizzenhaft sein, ebenso wie die zu diesen Vorschlägen gehörigen überschläglichen Berechnungen. Leider sind nun die Summen, die dafür einmal eingelegt waren, und die doch nur überschläglich sein konnten, als Höchstsumme festgelegt worden. Bei der speziellen Durcharbeitung ergab sich, daß die Bauten, wenn sie genau für diese Summe gemacht werden sollten, den künstlerischen Wert des Ganzen schmälern würden.

Sie konnten also nicht strikte eingehalten werden — auch sind Erweiterungen behördlicherseits gewünscht worden, — infolgedessen ist es zu Ueberschreitungen gekommen. Hinsichtlich des Kapellenbaues ist dabei zu berücksichtigen, daß dies Gebäude nach dem prämierten Plane einem bestimmten Zwecke dienen sollte, und daß später für diesen Zweck ein anderer gesetzt worden ist, die große Kapelle trat an die Stelle des Krematoriums. Das bedeutete eine wesentliche Veränderung. Das Krematorium war ein zweigeschossiger Bau, bei dem die Verbrennungsöfen und die sämtlichen dafür erforderlichen Nebenräume im Untergeschoß zwischen den Fundamenten lagen, während die große Kapelle ein solches Untergeschoß nicht brauchte, wohl aber dieselben Fundamente wie das Krematorium haben mußte. So ipso mußten diese daher teurer werden als beim Krematorium, wo die Räume zwischen den Fundamenten ausgenutzt werden konnten. Daher war eine Erhöhung der Kosten nicht zu vermeiden. Es ist noch zu berücksichtigen, daß die Räume, die für eine provisorische Leichenaufbahrung vorgesehen waren, sich als zu klein erwiesen. Im ganzen waren nur sechs Leichenzellen vorgesehen. Es hat sich aber nachher ergeben, daß man zu kurz-sichtig war, als man sechs Zellen forderte. Infolgedessen sind diese provisorischen Aufbewahrungsräume wesentlich erweitert worden, was natürlich auch eine Erhöhung der Kosten nach sich zog. Die Arkaden sind auch etwas teurer geworden. Das liegt zum Teil daran, daß in der Absicht, die eigenartige Wirkung von Wasserflächen und Baulichkeiten tunlichst zu erhöhen, ursprünglich vorgesehen war, die Wasserflächen mit einer Futtermauer einzufassen. Diese Futtermauer wurde aus Ersparnisrücksichten gestrichen. Da aber die Arkaden, die sich auf die Futtermauer stützen sollten, angenommen worden, die Futtermauer selbst aber wegfiel, so mußten die Arkaden ein besonderes Fundament erhalten, und das zog wieder eine Verteuerung nach sich. Außerdem haben sich die Baupreise nicht unwesentlich erhöht.

Seinerzeit, als darüber Beschluß gefaßt wurde, ob der Friedhof überhaupt angelegt werden sollte, ist in den Verhandlungen, an denen ich teilnehmen durfte, über dieselben Punkte vielfach debattiert worden, doch kam man zu der Ueberzeugung, daß man an dem Projekt, ohne seinen Grundcharakter zu vernichten, nichts ändern dürfe und entschloß sich zu seiner Ausführung. Wenn also an diesem Beschluß festgehalten werden soll, so mußte man auch das Projekt, wie es besteht, lassen und höchstens versuchen, durch Reduktion einzelner Posten die Gesamtkosten herabzudrücken. Daß es allerdings möglich sein wird, es auf 411 000 M., die ursprünglich festgesetzte Summe, zu reduzieren, glaube ich nicht, oder man müßte das Projekt so beschneiden, daß niemand in ihm die ursprüngliche Gestalt wiedererkennen würde. Ich glaube, wenn man bedenkt, daß die ganze Anlage nicht von heute auf

morgen geschaffen wird und daß sie auch nicht nur von heute auf morgen bestehen soll, sondern wenn man annimmt, daß sie später noch erweitert werden soll — zunächst sollen ja nur etwa zwei Drittel des ganzen Friedhofs angelegt werden und nach etwa dreißig Jahren das übrige Drittel — so sollte man das ursprünglich gewollte und für gut erkannte Projekt nicht jetzt um eines Prinzips willen rückgängig machen.

Sie alle wissen, daß der Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg im Laufe der Zeit einen Weltruf erlangt hat. Ich kenne ihn ziemlich genau, da ich mich mit der Frage der Anlage von Friedhöfen sehr lange beschäftigt habe. Ich kann seine Schönheit, soweit sie die Parkanlagen betrifft, vollumfänglich bestätigen, muß aber offen aussprechen, daß die Baulichkeiten eigentlich des Friedhofs nicht würdig sind. Ganz abgesehen davon, daß man überhaupt nicht versucht hat, sie zu einer Steigerung der Gesamtwirkung heranzuziehen, sind die einzelnen Kapellen, die verstreut angelegt sind, so lieblos ausgeführt, daß sie mit den Schönheiten der übrigen Anlagen in keiner Weise verglichen werden können. Nun meine ich, sollte man den Fehler, den man beim Ohlsdorfer Friedhof gemacht hat, der trotz seiner glücklichen Vorbedingungen doch nicht allen künstlerischen Anforderungen entspricht, nicht auch hier machen. Bei dem Ohlsdorfer Friedhof liegt bereits eine Geschichte vor, die bei dem wachsenden Schönheitsempfinden den Kontrast zwischen Bauten und Pflanzung täglich stärker fühlbar macht. Das kann man sich bei einer Neuanlage vielleicht nicht so vorstellen. Man sollte aber an anderen Beispielen lernen und deshalb hier nicht von vornherein durch eine Verkleinerung und Entstellung die Schönheitwirkung der Baulichkeiten unmöglich machen.

Präsident: Herr Senatskommissar! Herr Professor Seck hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausgeführt, die Kapelle solle jetzt an einer andern Stelle errichtet werden, als anfangs geplant war, und infolgedessen seien die Kosten erheblich höher geworden. In welcher Mitteilung des Senats steht das wohl? Ich habe nichts darüber gefunden.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Ich glaube nicht, daß in der Mitteilung etwas darüber steht.

Präsident: Es ist doch aber von Interesse, zu wissen, ob durch eine Veränderung des Projekts eine Ueberschreitung des Kostenüberschlags von 411 000 M. verursacht ist.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Nein, das war wohl ein Lapsus.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Ich will dem Wunsche des Herrn Senator Hildebrand gern nachkommen und unsere Anerkennung für das Projekt aussprechen, kann dann allerdings nicht unterlassen, auch die Schatten dicker zu zeichnen. Die Bau-

kommission hat anerkannt, daß das, was vorgelegt ist, in architektonischer Beziehung als hervorragend bezeichnet zu werden Anspruch hat, und daß auch die Arkaden, wenn sie so zur Ausführung kämen, außerordentlich schön wirken und zu dem, was uns da gezeigt ist, unbedingt hinzugehören. Aber, Herr Präsident, meine Herren, ich habe schon ausgeführt und der Herr Senatskommissar hat das sehr treffend bezeichnet: wir sind der Meinung, daß das Projekt, wenn es sich nicht annähernd auf die genannte Summe reduzieren läßt, überhaupt nicht ausgeführt werden kann. Ich möchte ganz kurz schildern, wie die Sache gelaufen ist. Es wurde ein Programm für den Wettbewerb ausgeschrieben. Eine der Bedingungen war, daß geliefert werden sollte: ein Erläuterungsbericht mit Kostenanschätzung und Massenberechnung des Erdtransports des umbauten Raumes der einzelnen Gebäude. Das Preisgericht gab sein Urteil ab und die Deputation für die Friedhöfe entschied sich dann für die Ausführung eines der Projekte, das dann in einigen Punkten abgeändert wurde, namentlich ist an Stelle des Krematoriums die große Kapelle gesetzt. Die Kosten sind dann nach der Vornahme dieser Änderungen mit 411 000 M. dem Senat und der Bürgerschaft genannt worden, und die Deputation hat berichtet, daß „sie sich bei ihren Besprechungen mit den Verfassern davon überzeugt habe, daß diese bei ihrer Kostenveranschlagung vorsichtig zu Werke gegangen sind, so daß ihre Angaben einen zutreffenden Anhalt für die endgültig aufzuwendenden Kosten geben dürften.“ Der damals mitgeteilte Kostenüberschlag lautet: für gärtnerische Anlagen auf 678 073 M., für Baulichkeiten auf 411 000 M. Den Kostenanschlag nachprüfen zu lassen, hat die Deputation nicht für erforderlich gehalten. Das hat dann der Senat veranlaßt. Dabei hat sich herausgestellt, daß die gärtnerischen Anlagen 218 000 M. mehr kosten würden, das macht gegenüber dem Ueberschlag 33 1/3 %. Ueber die Nachprüfung des Kostenüberschlages für die Baulichkeiten sagt der Senat, „daß die große Kapelle für den veranschlagten Preis von 300 000 M. hergestellt werden kann.“ — Nun kommt jetzt die Deputation und sagt: „Die Kosten für die jetzt auszuführenden Bauten stellen sich im ganzen, ohne Inneneinrichtung und Inventar auf 583 000 M.“, und sie sagt, daß die Kosten für Bauleitung im Betrage von 55 000 M. in der ersten Summe nicht einbegriffen waren. Ich möchte dabei noch in einem Punkte dem Herrn Senatskommissar widersprechen, der sagte, daß diese Kosten tatsächlich nie einbegriffen seien, wenn dem Senat und der Bürgerschaft die Mitteilung gemacht sei, daß eine derartige Sache ungefähr soviel koste. Es sind aber früher zugleich auch Vergleiche angestellt mit dem, was andere Friedhöfe, die Friedhöfe in Niensberg und Walle, gekostet haben, und in den dafür ausgegebenen Summen sind doch sicher auch die Kosten für Bauleitung und Inventar einbegriffen gewesen. Da mußten wir annehmen, daß diese Kosten auch hier

mit einbegriffen seien. (Sehr richtig!) Wenn uns gesagt wird, die ganze Sache kostet so und soviel, dann sollte uns, meiner Meinung nach, ausdrücklich gesagt werden: Die Kosten für Bauleitung und für Inventar, die wir noch nicht kennen, stecken aber nicht mit darin. Ich meine, Herr Präsident, meine Herren, ein solches Verfahren, wie wir es hier sehen, sollten wir nicht durchgehen lassen. Ein solches Verfahren widerspricht den bescheidensten Anforderungen an ein vernünftiges Finanzgebahren. (Sehr richtig!)

Nun sagte Herr Professor Seede, es müßten hier Anlagen geschaffen werden, die wirklich schön seien. Ich glaube, die Herren werden aus meinen Ausführungen entnommen haben, daß auch wir prinzipiell auf dem Standpunkt stehen, daß etwas gutes und schönes geschaffen werden muß. Aber wenn sich Herr Professor Seede dabei auf den hamburgischen Friedhof beruft, der einen Weltruf habe, so muß ich sagen: Das können wir uns in Bremen nicht leisten. Hamburg ist eine reiche Stadt. Wir müssen dafür sorgen, uns Anlagen für Handel und Schifffahrt zu schaffen, daß die einen Weltruf haben, hier aber müssen wir sparsamer sein. Was unbedingt nötig ist, wollen wir machen, auch anständige und schöne Anlagen, aber man soll uns nicht zwingen, die mit 411 000 M veranschlagten Kosten auf 583 000 M zu erhöhen. (Lebhaftes Bravo.)

Herr Fr. Waltemath: Herr Hagemeyer hat in seinen Eingangsworten schon davon gesprochen, daß die Ladenlokale fortfallen möchten. Dem stimme ich zu. Aber über die Eingangsbauten sagt die Baubeschreibung auch noch, daß darin untergebracht werden sollen ein Werkstattsgebäude mit Mannschaftsraum und eine Tischlerwerkstatt. Ich möchte doch bitten, bei der Neubearbeitung des Projekts darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine Werkstatt nicht in den Eingangsbauten untergebracht wird. Der Friedhof soll ein stimmungsvolles Bild bieten namentlich für die Leidtragenden; wenn aber eine Werkstatt dort untergebracht wird, verursacht das Lärm, und man kann nicht sagen, daß das gut auf die Leidtragenden wirkt. Solcher Lärm am Eingang paßt nicht für die Stimmung der Leidtragenden. Ich möchte bitten, wenn die Vorlage zurückverwiesen wird, darauf Rücksicht zu nehmen und für die Werkstatt einen andern Platz zu suchen.

Herr Waigand: Herr Präsident! Meine Herren! Auch wir können nicht verkennen, daß dieses Projekt sehr teuer ist. Die Kommission, die seinerzeit niedergelegt war, hat versucht, die Anlage so billig wie möglich herzustellen. Bekanntlich wurde das Projekt, das uns vorgelegt war, auf die Hälfte reduziert, es sollte nicht gleich ganz durchgeführt werden. Jetzt ist es trotzdem noch zu teuer. Ich kann mich aber dem nicht anschließen, was Herr Hagemeyer sagte, daß wir große Summen nur für Handel und Schifffahrt aus-

geben dürften, für schöne Werke aber hätte man nicht so viel Geld übrig. Ich meine, ein schöner Friedhof sollte zugleich ein Erholungsort, ein Ausflugsort sein, und man sollte infolgedessen dafür auch mehr anwenden. Ich kann dem Antrage des Herrn Hagemeyer, daß unbedingt nur 411 000 M aufgewendet werden sollen, daß daran festgehalten werden müsse, nicht zustimmen. Es könnte ja sein, daß in irgend einer Weise etwas gespart werden könnte, aber man sollte im großen und ganzen das Projekt, wie es vorliegt, annehmen. Da macht man ein Preisanschreiben und fordert die Künstler auf, etwas besonderes zu bieten, und wenn dann ein Projekt kommt, das etwas besonderes bietet, dann kommen die Krämer und sagen: Es ist zu teuer. (Widerpruch. — Unruhe.) Ja, das ist doch ein Krämerstandpunkt, wenn man sagt, daß die 172 000 M mehr für den Friedhof nicht bewilligt werden sollen. Wir haben in Bremen Anlagen, deren Kosten in die Millionen hineingehen und von denen man heute noch nicht behaupten kann, ob sie sich rentieren; man ist darüber wenigstens verschiedener Ansicht. Deshalb bitten wir, wenn die Sache noch einmal beraten werden soll, nicht darauf zu bestehen, daß unbedingt nur 411 000 M ausgegeben werden, sondern die Vorlage einfach zur nochmaligen Prüfung zurückzuverweisen, um zu sehen, ob nicht dieses oder jenes noch gespart werden kann, aber nicht, wie Herr Hagemeyer sagt, lieber das Projekt fallen zu lassen. Dann müßte ein neues Projekt ausgearbeitet werden, man wird wieder an die Künstler Deutschlands herantreten. Aber die werden sich schon bedanken, nochmals Projekte zu liefern, denn vielleicht werden diese wieder abgelehnt. Ich hoffe auch, daß Herr Hagemeyer seinen Antrag noch ändert und nur beantragt, die Vorlage zurückzuverweisen, damit sie noch einmal geprüft werde.

Herr Hagemeyer: Ich will Herrn Waigand nur sagen: Bei dem Wettbewerb sind 411 000 M für Baulichkeiten und 687 000 M für gärtnerische Anlagen gefordert. Diese haben Senat und Bürgerchaft glatt bewilligt, dann weitere 200 000 M für gärtnerische Anlagen. Da kann doch von Krämerei keine Rede sein. Hier handelt es sich um eine Sache, die eigentlich hätte geprüft werden müssen, die aber nicht genügend geprüft ist, und wofür jetzt noch 172 000 M ausgegeben werden sollte. Da gehe ich nicht mit.

Herr Dr. Böhmert: Wenn wirklich, was die Baukommission zugiebt, durch das jetzt vorliegende Projekt eine eigenartig schöne, künstlerische Wirkung erzielt wird, so bedauere ich, daß aus rein finanziellen Gründen auf diese Wirkung verzichtet werden soll. Ich meine, gerade bei einem Friedhof sollte man auf die Stimmung des Ganzen Rücksicht nehmen und auch nicht vor einer etwas größeren Summe zurückschrecken. Ich möchte darum Herrn Hagemeyer bitten, seinen Antrag dahin zu modifizieren, daß nicht die Grenze

des früheren Kostenüberschlages gezogen wird. Es ist vielleicht möglich, wie Herr Professor Seed ausgeführt hat, daß noch manche Ersparungen gemacht werden können. Aber wenn mit dem Projekt die ganze Wirkung fallen sollte, so wäre damit die Ersparnis doch zu teuer erkauft.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Ich hatte mich noch zum Wort gemeldet.

Präsident: Ich bedauere, hier ist das von niemand bemerkt. Jetzt ist die Verhandlung geschlossen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Der Herr Präsident sah nach der andern Seite.

Präsident: Ich frage die Bürgerschaft, ob sie damit einverstanden ist, daß der Herr Senatskommissar noch das Wort erhält. — Ich höre keinen Widerspruch.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Ich bin dankbar, daß die Bürgerschaft mir gestattet, noch einige Worte auf die Ausführungen der Herren Vorredner zu erwidern. Ich habe mich sehr gefreut, daß Herr Waigand auch an dieser Stelle den Standpunkt vertreten hat, der von ihm früher, wie mir Herr Professor Seed sagte, in der Kommission eingenommen ist. Er hat das Projekt selbst in den Vordergrund gestellt, wenn er auch für eine Verminderung der Kosten eingetreten ist. Sodann hat Herr Hagemeyer erwähnt, die Kosten für die gärtnerischen Anlagen seien gegenüber dem Uberschlag ebenfalls überschritten und zwar um über 200 000 M. Da ist also die Bürgerschaft in ihrer Bewilligung auch über die ursprünglich veranschlagte Summe hinausgegangen. Wenn man jetzt bei den Baulichkeiten einen so strengen, rigorosen Standpunkt einnimmt, dann hätte man konsequenterweise eigentlich die Uberschreitung auch bei den gärtnerischen Anlagen nicht genehmigen dürfen, oder aber, da man früher kein Bedenken bei der Uberschreitung gehabt hat, so sollte man wenigstens jetzt nicht einen prinzipiell abweichenden Standpunkt einnehmen und schwere Vorwürfe erheben, weil hier ebenfalls Mehrforderungen erhoben sind. Nun bin ich ja an und für sich mit der Zurückverweisung der Sache einverstanden, ich bitte den Antrag aber in der Weise zu beschränken, wie die Herren Waigand und Dr. Böhmert es vorgeschlagen haben. Es ist mir überhaupt nicht recht verständlich, wie die Deputation zu verfahren haben würde, wenn der Antrag des Herrn Hagemeyer angenommen werden sollte. Die Kapelle ist der Hauptteil des ganzen Projekts. Sie war veranschlagt auf 300 000 M., und es werden jetzt dafür 338 000 M. gefordert, das sind etwas über 10 % mehr. Nun sehen Sie sich das Modell an! Es ist nur eine

Stimme, daß bei diesem Projekt ein sehr gelungener Bau entstehen würde, der sich in die landwirtschaftliche Umgebung vortrefflich einfügt. Wenn die Kosten für die Kapelle um 38 000 M. gekürzt werden, so ist es recht sicher, daß wir etwas weniger gutes erhalten werden. Herr Hagemeyer hat sogar moniert, daß in der jetzigen Forderung noch nicht die Kosten für Inventar und innere Einrichtung stecken; allein hiervon ist ja seither überhaupt noch nicht die Rede gewesen. Und was das Architektenhonorar betrifft, so ist in dem früher von der Hochbauinspektion erstatteten Bericht nur von den Kosten für das Kubikmeter umbauten Raumes gesagt, daß sie sich auf 25 M. stellen würden. Bei einer derartigen Berechnung pflegt doch das Architektenhonorar nicht eingeschlossen zu werden, wie dies auch nicht geschieht, wenn die Baudeputation nach Fertigstellung eines Baues berechnet, wie hoch sich der Einheitspreis gestellt hat.

Ich bitte doch dringend, in der Weise zu beschließen, wie es Herr Dr. Böhmert beantragt hat. Wir werden versuchen, nach Möglichkeit die geforderte Summe herabzusetzen und die hier geäußerten Wünsche zu berücksichtigen, so wird speziell der Wunsch, den Herr Waltemath ausgesprochen hat, die Werkstatt am Eingang nicht herzustellen, geprüft werden. Wenn Sie aber beschließen, die Vorlage zurückzuverweisen mit dem Auftrage, die Summe auf 411 000 M. herabzumindern, so wird die Baudeputation dazu unter Zugrundelegung des vorliegenden Projekts kaum imstande sein.

Präsident: Herr Senatskommissar, Sie haben wiederholt von einem Antrage des Herrn Dr. Böhmert gesprochen. Ein solcher Antrag liegt bis jetzt nicht vor, sondern nur der Antrag der Baukommission:

Da das von der Baudeputation, Abteilung Hochbau, jetzt vorgelegte Projekt dem Kostenanschlage, der bei der Beschlußfassung vom 29. Juni 1910 vorgelegen hat, in keiner Weise entspricht, ersucht die Bürgerschaft den Senat, die Deputation für die Friedhöfe und die Baudeputation, Abteilung Hochbau, zu beauftragen, für die Baulichkeiten Entwürfe vorzulegen, deren Kosten sich in dem ungefähren Rahmen jenes Kostenüberschlages halten.

Zur Geschäftsordnung

Herr Dr. Böhmert: Ich nehme an, daß damit, daß dem Herrn Senatskommissar das Wort erteilt worden ist, die Debatte wieder eröffnet ist. (Präsident: Bitte, Herr Doktor!) Ich wollte den Antrag stellen, den letzten Satz — — —

Präsident: — — — „für die Baulichkeiten Entwürfe vorzulegen, deren Kosten sich in dem ungefähren Rahmen jenes Kostenüberschlages halten.“

Herr Dr. Böhmert: — — — zu streichen und zu sagen:
zu erneuter Prüfung zurückzuverweisen.

Präsident: Es könnte vielleicht gesagt werden: — — — „die Deputation für die Friedhöfe und die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit einer Nachprüfung des Projekts zu beauftragen.“

Herr Dr. Böhmert: Das würde dem entsprechen.

Präsident: Dann beantragen Sie also zu sagen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Friedhöfe und die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit einer Nachprüfung des Projektes zu beauftragen.

Herr Dr. Böhmert: Jawohl.

Der Antrag des Herrn Dr. Böhmert wird genügend unterstützt.

Herr Hefemeyer: Ich verzichte.

Herr Blanke: Ich verzichte.

Präsident: Wir stimmen zuerst ab über den Antrag der Baukommission, und wenn der abgelehnt wird, über den Antrag Dr. Böhmert.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 13. August 1912:

3. Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau eines Zuchthauses in Oslebshausen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand.

Herr Hagemeyer: Die Baukommission hat nichts zu erinnern.

Herr Böttcher: Die Vorlage hat uns vor einem halben Jahre beschäftigt. Ich will mich deswegen auf den Bericht beziehen. 200 000 M. haben wir seinerzeit bewilligt, und ich möchte nun bitten, auch die fehlenden 170 000 M. zu genehmigen.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Herr Kalms: Ich hatte mich auch noch zum Worte gemeldet.

Präsident: Nach der Geschäftsordnung haben Sie Ihren Namen zu nennen. Wenn Sie diese Bestimmung der Geschäftsordnung nicht beachten, haben Sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn Sie hier nicht notiert werden.

Zur Geschäftsordnung Herr Heinken: Ich kann bezeugen, daß sich Herr Kalms klar und deutlich zum Worte gemeldet hat.

Präsident: Herr Kalms, behaupten Sie das selbst?

Herr Kalms: Jawohl!

Herr Sager: Ich kann auch bezeugen, daß sich Herr Kalms

Präsident: Ich hatte angenommen, daß Herr Kalms selbst der Meinung sei, daß er sich nicht geschäftsordnungsmäßig gemeldet habe. Sie haben also das Wort, Herr Kalms.

Herr Kalms: Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe gegen die Vorlage nichts einzuwenden. Ich wollte nur bemerken, daß die Bürgerschaft doch derzeit sehr gut gehandelt hat, daß das ursprüngliche Projekt nicht an der Buchtsstraße zur Ausführung gelangt ist, sondern in Oslebshausen. Und dazu haben wir noch eine halbe Million gespart. Das zeigt, Herr Präsident, daß Andeutungen, die von Laien gemacht werden, in vieler Beziehung oft sehr praktisch sind, und daß dadurch erheblich gespart werden kann. Wir müssen bei Errichtung solcher Gebäude oder sonstiger Anlagen in dieser Hinsicht vorsichtig sein und stets genau prüfen. Betreffs unserer Gefängnisanstalt ist noch manche Frage zu prüfen, die aber nicht hier erledigt werden kann, sondern in einer Deputation. Der übermäßig humane Zug, der durch die Anstalt geht, ist nicht von Vorteil, er wirkt nur auf unsere Finanzen ganz erheblich. Ich will nicht näher darauf eingehen, der Herr Präsident würde mich auf die Tagesordnung zurückweisen. Aber dieses kann in der Deputation genau geprüft werden, und ich hoffe, daß der Senatskommissar, wenn in dieser Angelegenheit Sachen vor kommen, in der besten Weise unterstützt wird.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 1912:

1. Verlängerung der Frist für die Einziehung von Hunden.

Präsident: Es meldet sich niemand zum Worte. Dann treten wir der Auffassung des Berichtes bei.

2. Handelsschule der Union.

Die Anträge werden angenommen.

3. Ankauf des Grundstücks Pelzerstraße Nr. 46.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Herr Waltemath: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, was der § 5 in dem Vertrage bedeutet? Dort steht:

Der bremische Staat ist verpflichtet, die auf dem Grundstück befindlichen Gebäude innerhalb drei Monaten nach der Lieferung abbrechen zu lassen.

Ich habe gegen den Ankauf dieses Hauses nichts einzuwenden. Aber es ist eigentümlich, daß diese Bedingung in dem Vertrage aufgestellt ist. Es wäre doch möglich, daß dieses Gebäude noch Verwendung findet. Aus welchem Grunde soll der Staat denn angehalten sein, dieses Gebäude abzubauen?

Herr van der Emde: Wie ich schon gestern in der Vorversammlung gesagt habe, ist der Grund der, daß Herr Junge wünscht, daß das Haus möglichst rasch entfernt wird wegen der Einfahrt. Die beiden Häuser werden, wenn Wagen hineinfahren, geschädigt. Das ist der einzige Grund, weshalb das Haus möglichst rasch abgebrochen werden soll.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Antrag, betreffend Stand der Wohnungsverhältnisse.

Präsident: Herr Henke hat beantragt:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Wohnungsinspektion mit einem schleunigen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Wohnungsverhältnisse beauftragen und gleichzeitig Vorschläge von ihr einfordern zu wollen, wie einem etwa bestehenden Wohnungsmangel am schnellsten und erfolgreichsten begegnet werden kann.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

1. von Herrn Leymann:

Die Bürgerschaft beschließt die Niederlegung einer Kommission zum Zwecke der Prüfung der Frage, wie und durch welche Maßregeln dem in Aussicht stehenden Kleinwohnungsmangel vorzubeugen und insbesondere die Förderung der Erbauung von Arbeiterwohnungen zu erreichen ist. Sie ersucht den Senat, sich bei den Verhandlungen der Kommission kommissarisch vertreten zu lassen.

2. von Herrn Dr. Böhmert:

a. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, mit Rücksicht auf die zunehmende Knappheit kleiner Wohnungen die schleunige Einrichtung eines kommunalen Wohnungsnachweises für Kleinwohnungen im Mietpreise bis zu 350 Mk in Erwägung zu ziehen.

b. Die Bürgerschaft beschließt die Einsetzung einer Deputation wegen des Kleinwohnungswezens und ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Herr Henke: Die Frage, ob diese Wohnungsverhältnisse in Bremen mittlerweile so geworden sind, daß sie ein größeres Interesse verdienen, ist schon vor Jahren, vor zehn Jahren bereits, hier in Bremen angeschnitten worden. Es ist vor zehn Jahren etwa vom hiesigen Arbeitersekretariat eine Schrift herausgegeben, in der diese Frage eingehend behandelt worden ist. Es ist ferner eine Arbeit vom statistischen Amte erschienen vor Jahren, wenn ich nicht irre, 1904, die auf Grund einer eingehenden Untersuchung der Wohnungsverhältnisse in Bremen unter anderem zu dem Resultat gelangt ist, daß es sehr viele Keller- und Dachwohnungen gibt, daß das bekannte mittlere licht- und luftlose Zimmer eine ziemlich große Rolle spielt in den Wohnungen der Arbeiter, daß die Arbeiterwohnungen überfüllt sind, und daß das Schlafstellenwesen eine unheilvolle Rolle spielt und eine Reihe von bösen Verstößen gegen die Sittlichkeit zur Folge hat. Herr Präsident! Die Frage ist erneut nach unserer Auffassung aktuell geworden. Aktuell vor allem, weil im vorigen Jahre und in diesem Jahre in Bremen die Zahl der neugeschaffenen Wohnungen erheblich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang steht im innigsten Zusammenhange mit der ganzen Lage des Grundstücksmarktes und der Bautätigkeit. Sie wissen, daß die Bautätigkeit in Bremen, aber nicht nur in Bremen allein, sondern auch in einer ganzen Reihe anderer Städte, sehr danieder liegt und gelegen hat, weil es an Baugeld fehlt. Die Erklärung dafür dürfte darin zu suchen sein, daß wir uns in einer Hochkonjunktur befinden. Diese hat es mit sich gebracht, daß das verfügbare Kapital nicht angelegt wird in der Bautätigkeit, sondern auf anderen Gebieten, wo es mehr Profite abzuwerfen verspricht. Dann kommt, wenn wir unseren Kleinwohnungsbau in Betracht ziehen, zweifellos noch unsere besondere Bauweise in Betracht. Unsere Bauweise führt es mit sich, daß ein kleines Haus verhältnismäßig teurer wird infolge der Straßenanlagen, Abortanlagen und Bauvorschriften; teurer als das früher der Fall war. Es kommt daher auch eine einzelne Wohnung viel teurer, weil auf dem einzelnen Grundstück nicht soviel Wohnungen errichtet werden können, wie das bei den Mietkasernen der Fall ist. Diese und andere Gründe haben jedenfalls auch mit dazu geführt, daß im vorigen und in diesem Jahre sehr wenig kleine Wohnungen gebaut worden sind. Ich habe erwähnt, daß vor zehn Jahren schon darauf hingewiesen worden ist, daß sich die Arbeiterwohnungen in Bremen in einem schlechten Zustande befinden. Es ist damals darauf hingewiesen worden, wie ich schon erwähnt habe, durch eine Schrift, die vom Arbeitersekretariat herausgegeben worden ist; aber auch der Gewerbeinspektor hat im Jahre 1898 bereits darauf aufmerksam gemacht, daß es in Bremen sehr viele Kellerwohnungen gibt, sehr viel mehr Kellerwohnungen im Verhältnis zu den früheren Jahren; desgleichen ist von einem bürgerlichen Herrn,

der eine Geschichte der Tabakarbeiterbewegung geschrieben hat, darauf hingewiesen, daß eine große Zahl von schlechten Wohnungen gerade bei den Heimarbeitern der Tabakindustrie zu finden ist. Ich habe die Beispiele aus der Schrift vom Arbeitersekretariat herausgenommen, die Beispiele, die dort zitiert, sind aus dem Berichte der Gewerbeinspektion und des Statistischen Amtes, aber ich will Sie damit verschonen, sie hier einzeln zu verlesen. Ich will nur aus dem Grunde darauf hinweisen, um darzutun, daß wir zu der erneuten Prüfung der Wohnungsverhältnisse nicht kommen, wie das den Anschein haben könnte, weil sich die Gesellschaft für Soziale Reform damit befaßt hat, sondern diese Tatsache hat das Gefäß nur zum Ueberlaufen gebracht. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß es gegenwärtig die höchste Zeit geworden ist, daß wir uns mit der Wohnungsfrage beschäftigen. Der Beamte der Wohnungsinspektion, Herr Colby, hat in der Sitzung der Gesellschaft für Soziale Reform gesagt, daß am 1. Oktober dieses Jahres in Bremen tatsächlich schon eine Wohnungsnot bestanden hat, und daß sie daran zu erkennen ist, daß eine ganze Anzahl von Familien in durchaus unzureichenden Wohnungen haben untergebracht werden müssen. Er wies nach, daß in einem Kohlenschuppen eine Familie hat untergebracht werden müssen, die bereit und auch fähig gewesen ist, 300 M für eine Wohnung zu zahlen. Es ist weiter von ihm darauf hingewiesen worden, daß eine andere Familie in einem Pferdestalle untergebracht werden mußte. Es ist dann von den Diskussionsrednern ergänzend hinzugefügt worden, daß vielfach die Wohnungen überfüllt sind, etwas, was uns, wie schon erwähnt, nicht neu ist. Wir haben auch seinerzeit schon eine Prüfung der Wohnungsfrage in der Bürgerchaft beantragt, es ist nichts dabei herausgekommen; es ist aber lange her!

Tatsache ist, daß die Wohnungsverhältnisse in Bremen lange nicht mehr so gut sind, wie sie in früheren Jahren gewesen sein mögen; zu einer Zeit, als noch das Einfamilienhaus überwog und die Bevölkerung in Bremen noch nicht so groß war und sie noch nicht so dicht beieinander wohnte. Es muß daher auch ins Auge gefaßt werden, durch welche Umstände die schlechten Zustände gekommen sind, so daß wir da richtig eingreifen können. Wir haben schon eingegriffen durch die Einrichtung der Wohnungsinspektion. Aber wir haben bisher sehr wenig von der Tätigkeit der Wohnungsinspektion gehört. Als wir die Wohnungsinspektion beschlossen hatten und uns über die Anstellung eines Wohnungsinspektors und über das Gehalt desselben unterhielten, ist unser Mißtrauen rege geworden, weil man das Gehalt so niedrig setzte, so daß nach unserer Meinung eine ausreichende Kraft dafür nicht gewonnen werden konnte, wie wir es für notwendig hielten. Damals waren wir Sozialdemokraten uns darüber klar, daß diese Einrichtung noch sehr dürftig sei, und ferner, daß

notwendig daraus zu folgern war, daß, wenn wir eine solche Wohnungsaufsicht schaffen, der nächste Schritt die Wohnungsfürsorge sein müsse. Denn das hat keinen Sinn, wenn nur gesagt wird, diese oder jene Wohnung ist nicht bewohnbar. Dann müssen die Leute aus der Wohnung heraus, aber die Wohnungsinspektion müßte auch die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß die Leute wieder untergebracht werden in einer einwandfreien Wohnung. Das ist heute nicht möglich, selbst wenn sie es wollte. Im November 1911 ist konstatiert worden, daß über 700 Wohnungen weniger gebaut wurden in diesem Jahre als bis zum November im Jahre 1910, und neuerdings haben wir gehört, daß in diesem Jahre die Zahl der neuen Wohnungen noch geringer ist, als im Jahre zuvor. Es sind 1912 nach einer Aufstellung in der Vossischen Zeitung 206 Wohnungen weniger erbaut worden als im Jahre 1911 bis zur gleichen Zeit. Daraus geht hervor, daß eine Wohnungsnot besteht. Was das bedeutet bei der starken Zunahme unserer Bevölkerung, liegt auf der Hand, und daß sich ein Mangel gerade an kleinen Wohnungen bemerkbar macht, ist selbstredend. Die Zahl der Wohnungen, die die Arbeiter brauchen, Wohnungen im Preise von 120—200 M, ist erheblich zurückgegangen. Als wir seinerzeit die Wassermesser einführen, habe ich beantragt, daß die Mieter, die bis 200 M Miete zahlten, von dem Wassergelde befreit werden sollten. Da stellte sich heraus, daß das nur eine kleine Zahl von Leuten war, die nur bis zu 200 M Miete bezahlten. Diese kleinen Wohnungen sind inzwischen noch seltener geworden, und ich habe mehrere Arbeiter getroffen, die ein paar Wochen herumgelaufen sind, um solche Wohnungen zu finden.

Nun gibt es einen Ausweg für die Arbeiter, und das ist, eine teurere Wohnung zu mieten und von dieser etwas abzuvermieten. Was dabei herauskommt, wird Ihnen bekannt sein, wenn an einem Astermieter vermietet werden muß. Wenn ein Arbeiter eine solche große Wohnung nimmt und will Einlogierer nehmen, dann muß er auch wieder mehrere Zimmereinrichtungen haben. Die kann er sich natürlich so schnell nicht beschaffen, das führt zu Uebelständen und obendrein läuft der Arbeiter die Gefahr, daß der Astermieter ihm mit der Miete durchbrennt, und so kommt es, daß der Arbeiter, wenn die von ihm zu zahlende Miete fällig geworden ist, er diese nicht zahlen kann. Aber das schlimmste ist, wenn ein Arbeiter durch die Verhältnisse gezwungen ist, Zimmer an mehrere Personen zugleich abzuvermieten, und das ist namentlich in den Gegenden der Fall, wo die billigen Arbeitskräfte wohnen. Dort sehen wir, wie sich das Schlafstellenwesen in seinen bedenklichsten Erscheinungen zeigt. Ich habe hier eine Menge Material, durch das diese Sache recht beleuchtet wird. Es ist z. B. ein Jahresbericht herausgekommen von dem Wohnungsamt in Charlottenburg. Dieses hat ein Jahr seines Amtes gewaltet und hat eine relativ große Zahl von Wohnungsbesichtigungen vor-

genommen. Das Wohnungsamt hat in der Stadt der Millionäre 5161 Besichtigungen von Häusern und Wohnungen vorgenommen, und diese Besichtigungen haben dazu geführt, daß 1998 Beanstandungen vorgenommen wurden wegen mangelhafter Instandhaltung, wegen Feuchtigkeit und mangelhafter Abortanlage. Die Abortanlagen sind in Bremen ja auch noch oft sehr mangelhafter Art. Ich denke daran, wie die Gangwohnungen besichtigt wurden, welche mangelhaften Zustände wir da kennen gelernt haben, und Sie wissen auch, als die erwähnte Schrift vom statistischen Amte herauskam, daß uns darin mitgeteilt wurde, daß Bremen noch eine große Anzahl von Wohnungen habe, die noch das Tonnenystem hätten, daß die übel duftenden Tonnen oft dicht bei den Schlafstellen ständen usw. Es gibt Leute, und das ist charakteristisch, wie der Justizrat Dr. Baumert, die es für ein Zeichen des um sich greifenden Luxus halten, daß jede Partei ihre eigene Abortanlage haben soll. Ich hoffe, daß diese Ansicht hier keinen Widerhall findet. Dann hat das Charlottenburger Wohnungsamt einige Schlafstellen besichtigt; 3569 Schlafstellen waren angezeigt worden und von diesen 3569 Schlafstellen wurden 3008 besichtigt, aber nur 976 konnten unbeanstandet werden. (Zuruf.) In 644 Fällen? Aus diesen und andern Gründen müßte ein Verbot erfolgen. Da deutet doch darauf hin, daß in dieser Beziehung viel im argen liegt. Wir sind überzeugt, daß das auch in Bremen der Fall ist. Schon früher habe ich darauf hingewiesen, daß vor allem in Teilen der westlichen Vorstadt bei der ausländischen Bevölkerung das Schlafstellenunwesen einen ungeheuren Umfang angenommen hat. Da wohnen sehr oft Familien in einem einzigen Zimmer oder in mehreren unzureichenden Räumlichkeiten mit Schlafburschen, Einlogierern zusammen. Eheleute, erwachsene Kinder, oft auch weiblichen Geschlechts, schlafen vielfach in einem Zimmer. Daraus ergeben sich eine Menge Uebelstände, worauf ja auch damals verwiesen worden ist. Auf der einen Seite ist man bemüht, die Volksgesundheit und die Sittlichkeit zu heben, auf der andern Seite läßt man solche Zustände bestehen. Man muß sie beseitigen. Nur kurz erinnern möchte ich dabei an die Tuberkulose, die man die Wohnungsfrankheit genannt hat. Wenn die Wohnungen teurer und teurer werden, werden darin immer mehr arme Teufel beherbergt, da ist dann der Tuberkulose Tor und Tür geöffnet.

Man kann die Wohnungsfrage von den verschiedensten Gesichtspunkten aus ansehen. Jedenfalls hat die Bürgerschaft das allergrößte Interesse daran, der Frage ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken, mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit als der Erbauung von Friedhöfen, für die soviel Geld ausgegeben wird. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch Sie zu solcher Erkenntnis gekommen sind oder kommen werden.

Ich will mich zunächst einer weiteren Begründung des Antrages enthalten, weil der Antrag nur einen

Bericht von der Wohnungsinspektion fordert. Wenn der Bericht erstattet ist, ist die Gelegenheit gegeben, im Detail auf die Frage einzugehen. Ich bin der Meinung, daß ein Bericht von der Wohnungsinspektion gefordert werden sollte und muß, weil diese Körperschaft doch sicher am besten informiert ist und außerdem die neutralste Stelle für die Berichterstattung ist. Wenn ich recht verstanden habe, hat Herr Leymann beantragt, die Frage einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Ich möchte gegen diesen Antrag sprechen. Ich bin überzeugt, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, in die Kommission Herren hineingewählt werden, die nicht mit der Sachkenntnis und nicht mit der Objektivität des Beamten der Wohnungsinspektion an die Frage herangehen. Es kann mir zwar entgegengehalten werden: der Herr kann ja hinzugezogen und gehört werden. Darauf kommt es aber nicht an: es kommt auf die Vorschläge der Kommission an. In der Kommission werden die Bauunternehmer und andere Interessenten stark vertreten sein, die besonders ihre Interessen vertreten werden, und darum wird aus dieser Kommission nicht viel herauskommen, nicht das, was wir wünschen müssen. Wir haben den Wunsch, daß Vorschläge kommen für Einrichtungen, die in anderen Städten schon durchgeführt sind. Wir müssen wünschen, daß wir in weit fortgeschrittener Weise zur Erledigung der Frage kommen. Solche Vorschläge werden am besten durch die Wohnungsinspektion erfolgen, von Seiten jener Institution, die sich berufsmäßig mit der Wohnungsfrage befassen muß, — auch wegen der Fragen, die wir als einen Uebelstand bezeichnen müssen. Diese Uebelstände sollen abgestellt werden. Sie können in verschiedener Weise abgestellt werden. Zum guten Teil durch die private Bautätigkeit. Ich will nicht verkennen, daß dies in umfangreichem Maße dafür in Betracht kommt. Aber es können auch die Gemeinden bedeutend dazu beitragen, daß das Wohnungselend behoben werde. Meine Freunde haben schon früher an dieser Stelle darauf hingewiesen. In anderen Städten hat man längst damit angefangen. Ich will nicht darauf eingehen, wieviele und welche Städte durch Unterstützungen aus Gemeindemitteln den Bau von Kleinwohnungen gefördert haben; ich erlasse es nur für eine spätere Zeit, darauf näher einzugehen. Ich möchte nur sagen, daß viele Gemeinden auch etwas für die Kreditbeschaffung getan haben, und auch Herr Leymann und andere Bauunternehmer werden wünschen, daß die Frage des Kredits hier geprüft werde und zwar in einem für die Unternehmer günstigen Sinne. (Herr Busch: Ist nicht nötig!) „Ist nicht nötig,“ sagt Herr Busch; er hat wahrscheinlich Geld genug. (Heiterkeit.) Soweit ich unterrichtet bin, ist das aber im allgemeinen nicht der Fall. Berlin hat nächst Bremen die meisten Zwangsversteigerungen, wovon sicher viele auf das Baugewerbe entfallen. Die Geldbeschaffung ist gegenwärtig sehr

schwer, so daß die Frage, ob es seitens der Gemeinden nicht möglich ist, da einzugreifen, eine sehr schwierige Frage für das Baugewerbe ist. Ich glaube doch, daß Herr Leymann und andere Bauunternehmer es begrüßen würden, wenn zweite Hypotheken von Seiten der Gemeinde besorgt würden. Ich will aber nicht vorgreifen, sondern nur sagen, daß es eine Reihe von Städten gibt, die bereits einen Kredit für zweite Hypotheken eröffnet haben gegen einen geringen Nutzen. Es gibt eine Menge Möglichkeiten, wie Gemeinden fördernd für den Kleinwohnungsbau tätig sein können. Dann kommen in Betracht Baugenossenschaften, die ganz anders wirken können als heute. Da könnte ebenfalls die Unterstützung der Gemeinde in umfangreichem Maße erfolgen. Speziell der Bau von Arbeiterwohnungen könnte unterstützt werden. Wir haben es neulich bei der Arbeiterbeschaffung für die Norddeutsche Hütte gesehen, daß eine solche Unterstützung eines Bauvereins stattgefunden hat, sie ist aber meines Erachtens nicht in der richtigen Weise erfolgt. Wenn aber eine Unterstützung von Genossenschaften durch Gemeinden in richtiger Weise erfolgt, könnte manches Wohnungsbedürfnis befriedigt werden. Jedenfalls müssen wir in der Hauptsache zunächst Klarheit haben: Wie liegen die Dinge, wie sind die Wohnungsverhältnisse in Bremen beschaffen? Das müssen wir wissen. Haben wir klar und zuverlässig erkannt, wie die Dinge liegen, dann wird sich auch ein Weg finden, dem Elend abzuweichen. Zunächst bitte ich, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Leymann: Herr Präsident! Meine Herren! Anfangs hat Herr Henke von dem Wohnungsinspektor gerade nicht recht freundlich gesprochen, indem er sagte, der lasse nichts von sich hören, während die Wohnungsinspektoren in anderen Städten sehr viel von sich hören ließen. Dann sagte Herr Henke, daß sein Antrag doch richtig sei, indem er einen Bericht von dem Wohnungsinspektor haben wollte darüber, wie in Bremen die Wohnungen aussehen. Ja, meine Herren, mit einem solchen Bericht ist uns aber nicht geholfen, sondern geholfen kann uns nur werden, wenn wir die Änderungen in den Sachen treffen, die dem Bau von Arbeiterwohnungen entgegenstehen, und da kann der Wohnungsinspektor nicht helfen. Er kann nicht sagen, wie die Gesetze einzurichten sind, um Arbeiterwohnungen zu bauen, denn dafür ist der Herr kein Fachmann. Ich habe bei der Anstellung des Wohnungsinspektors dafür plädiert, man sollte einen Techniker anstellen. Der, meine Herren, hätte uns Auskunft geben können: das und das steht bei der bremischen Gesetzgebung oder bei Handhabung der bremischen Gesetzgebung dem Bau von kleinen Arbeiterwohnungen entgegen. Das kann man aber von diesem Herrn nicht verlangen, denn er ist in der Beziehung nicht Fachmann.

Nun ist gesagt worden, es bestehe in Bremen schon jetzt eine Wohnungsnot. Das ist nicht andern, wenigstens eine Wohnungsnot für kleine Arbeiterwohnungen besteht noch nicht, während bei Wohnungen von 400 M. Miete an — ich bin der festen Überzeugung und kann das nachweisen — nicht eine Wohnungsnot, sondern ein sehr großer Wohnungsüberschuß besteht. Aber, meine Herren, wenn wir nicht bald zu der Überzeugung kommen, daß wir Remedur schaffen müssen betreffs der Vorschriften zur Herstellung kleiner Arbeiterwohnungen, dann habe ich die feste Überzeugung, daß wir bald eine Wohnungsnot bekommen werden. Und aus dem Grunde heraus habe ich meinen Antrag so formuliert, daß wir eine Kommission wählen sollten, eine bürgerchaftliche Kommission, die vor allem alles nachprüfen soll, ob uns durch unsere Gesetzgebung und durch die Handhabung der Gesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen erschwert wird.

Dann, Herr Präsident, hat Herr Henke ausgeführt, in der Versammlung für soziale Reform hätte der Wohnungsinspektor ausgeführt, daß im Oktober Wohnungen, wenigstens kleine Wohnungen, nicht zu haben gewesen wären. Mieter hätten in Ställen und Kohlenstuppen und dergleichen untergebracht werden müssen. Das stimmt, diese Worte sind von dem Wohnungsinspektor gefallen. Aber ich habe gleich darauf das Wort genommen und den Wohnungsinspektor gefragt, ob er Auskunft darüber geben könnte, ob diese Leute, die keine Wohnung hätten kriegen können, in der letzten Zeit auch ihre Miete bezahlt hätten. Daraufhin hat der Wohnungsinspektor geradeheraus sagen müssen: Nein, diese Leute haben in der letzten Zeit keine Miete bezahlt. Nun frage ich Sie: Wer will wohl Mieter aufnehmen, die keine Miete bezahlen? Ich glaube, wenn wir noch so viele leere Wohnungen haben, werden diese Art Leute immer noch schreien: Es ist Wohnungsnot, ich kann keine Wohnung kriegen! Ich habe von einem Mann, der sehr viele kleine Wohnungen in der westlichen Vorstadt zu vermieten hat — ich schätze sie auf 100 bis 300 Wohnungen — gehört — er hat eine Liste aufgegeben —, daß in der Lloydstraße 1, in der Liegnitzstraße 9, in der Görlicherstraße 4, in der Hirschbergerstraße 5, am Pastorenweg 3, in der Bunzlauerstraße 1, in der Dennewitzstraße 5 Leute im Oktober ihre Miete nicht bezahlt haben, zusammen sind es 28 Leute, die für ihre Wohnungen die Miete schuldig geblieben sind, und zwar waren einige schon jahrelang rückständig. Daß diese Leute schreien und rufen: Wir können keine Wohnung kriegen, das finde ich erklärlich. Dann muß ich auch sagen, daß ein Bremer hervorragender Jurist in der Versammlung der Sozialreformer ausdrücklich hervorgehoben hat, daß das Bürgerliche Gesetzbuch auch furchtbar gesündigt habe, indem es dem Mieter dem Vermieter gegenüber kolossale Rechte

einräume, da nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch einer einen Mieter, der nicht bezahlt, nicht anders loswerden kann, als daß er ihn auf Räumung verklagt. Dies dauert aber manchmal recht lange und dann kostet es auch recht viel Geld. Derselbe Herr hat mir seine Rechnung vorgelegt von einem hiesigen Rechtsanwalt, daraus geht hervor, daß er in einem Jahre zirka 2400 M. hat ausbringen müssen, um nur diese Leute aus der Wohnung loszuwerden, die überhaupt keine Miete entrichten. (Weiterkeit.) Und auf der andern Seite sagen dann die Leute, sie könnten absolut keine Wohnung kriegen. Ich bin fest überzeugt, wer regelmäßig seine Miete bezahlt und dafür bekannt ist, daß er es tut, wenn man nachfragt, der kann jeden Augenblick noch eine Wohnung bekommen. Aber ich sage ausdrücklich: Wir dürfen nicht mehr zu lange warten, sonst kriegen wir eine Wohnungsnot. Daß wir nicht schon seit 1905 eine Wohnungsnot haben, haben wir den Bauschwindlern zu verdanken, die seinerzeit so kolossal gebaut haben, daß ein gewaltiger Ueberschuß von Wohnungen vorhanden war. In den Zeitungen werden Sie gelesen haben, wie Herr Henke richtig gesagt hat, daß in Bremen in der letzten Zeit ganz kolossal viele Zwangsverkäufe stattgefunden haben. Aber wenn Sie die Zeitungen jetzt nachsehen, werden Sie sehen, daß die gewaltig zurückgegangen sind.

Jetzt heißt es, daß es mit den Arbeiter-, den billigen Wohnungen sparsam wird. Da gibt es sehr viele Gründe für. Erstens haben wir in der letzten Zeit auf den Bau von Häusern kolossale Abgaben bekommen. Wenn z. B. früher ein Unternehmer ein Grundstück verkaufte, brauchte es erst verlassen zu werden, wenn er das Haus weiter verkauft hatte. Das war eine einmalige Abgabe, die er hatte. Jetzt beim ersten Verkauf schon hat er eine größere Abgabe zu zahlen, und noch einmal hat er eine Abgabe zu bezahlen, wenn das Haus wieder veräußert wird. Dann haben wir die Reichsstempelsteuer, bevor wir bauen, alles was auf die Verteuerung hin der Häuser wirkt, dann haben wir die Abgabe für die Baupolizei, die auf über das Doppelte gebracht ist. Dann haben wir auch in den letzten Jahren die Straßenbaukosten auf diese gelegt. So ist alles wesentlich erhöht worden. Früher waren es 50 M. pro laufendes Meter Anschuß, jetzt sind es schon 70 M. pro laufendes Meter Anschußlänge. Dann haben wir eine ganz wesentliche Erschwerung besonders für den Bau kleiner Arbeiterwohnungen durch den Gesundheitsrat in der Bauordnung bekommen. Auch da haben sich seinerzeit die Baujahrverständigen in der energischsten Weise gegen übertriebene Vorschriften gewehrt, aber es hat leider Gottes nichts geholfen, man hat sich in der Kommission mit dem Gesundheitsrat geeinigt, und hier in der Bürgererschaft ist und zwar auf den Vorschlag des Herrn Rippe noch eine außerordentliche Erschwerung hineingebracht, indem er sagte, es sollte in der Balkenlage eine Einschubdecke hergestellt werden. Nun frage

ich Sie, in so kleinen Häusern, wo ein Arbeiter allein wohnt über dem Parterre, da soll die Kehlballenlage noch eine Einschubdecke haben? Das kostet für ein kleines Haus mindestens 300 bis 350 M., hat aber nach meinem Dafürhalten absolut keinen Wert, sondern bedeutet nur eine Verteuerung. Dann wurde bei dem Gesetz von 1906 ein Beschluß gefaßt, der für die kleinen Arbeiterwohnungen eine außerordentlich größere Stärke für die Wände brachte. Auch dies ist eine Verteuerung, die absolut für kleine Wohnungen nicht am Platze ist. Auch da müssen wir uns ohne weiteres wieder Beschränkungen auferlegen. Dann, meine Herren, haben wir 1905 beschlossen, daß Dachgeschosse, die früher 2,50 m hoch waren, auf 2,75 m auszubauen sind. In Souterrainwohnungen hat man es bei 2,50 m belassen. Nun stehe ich auf dem Standpunkt, daß Wohnungen im Dachgeschos mit 2,50 m noch viel gesunder sind als Souterrainwohnungen mit 2,75 m. Aber umgekehrt ist beschlossen worden: im Dachgeschos, wo reichlich frische Luft ist, müssen die Wohnungen höher sein. In der Staffelbauordnung ist man jetzt sogar soweit gegangen, daß man einfach Dachwohnungen überhaupt verbietet. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß wir in den letzten Jahren mindestens 300 bis 400 Wohnungen ohne diese Bestimmungen mehr gehabt hätten, und zwar sehr gute Wohnungen, (Sehr richtig!) ohne irgendwelche Einschränkungen der Gesundheit. Ich möchte sagen, unsere Baupolizei geht noch recht weit über das Gesetz hinaus und untersagt viele Bauten, die sehr gut sind. Sie hat sich einen großen Stempel angelegt, da man nicht mehr schreiben will, man druckt einfach den Stempel darauf, und über die Hälfte der Anträge werden abgelehnt und gehen wieder zurück ohne jegliche Begründung, es heißt einfach: Wird abgelehnt. Wenn auch nur kleine Mängel vorliegen, wird der Mann nicht herangeholt, wird ihm nicht gesagt, in welcher Weise er das ändern könnte, es wird einfach abgelehnt, um ihm wieder neue Arbeit zu schaffen. Die Baupolizei hat auch Vorschriften erlassen über die Treppen. In allen Häusern, wo mehr als eine Familie wohnen, müssen sämtliche Treppen von unterwärts gepußt sein. Ich frage Sie, was soll solche Vorschrift? Die Vorschrift verteuert die Wohnungen, ist aber keine Verbesserung, denn eine gute geölte und lackierte Treppe aus Holz sehe ich lieber als eine gepußte Treppe. Bewohnt aber einer das Haus allein, dann kann er sich den Luxus erlauben, eine schöne Holztreppe zu haben. In diesen Vorschriften geht man meiner Ansicht nach zu weit. Weiter ist bestimmt, daß eine Treppe mindestens einen Meter breit sein muß, auch die Treppe, die nach dem Dachboden hinaufgeht und die zum Keller hinabgeht. Auch das ist eine Erschwerung für den Bau von kleinen Häusern, in denen nicht viel Raum ist und wo von den Zimmern und vom Hausflur so und soviel abgeknappt werden muß. (Sehr richtig!)

Dann haben wir weiter die Beschlüsse der Verschönerungskommission, die allerdings nicht direkt gesetzlich anordnen kann: so und so sollen die Arbeiter ihr Haus bauen. Aber die Baupolizei tritt dann an ihre Stelle und drückt den großen Stempel darunter: Nicht genehmigt! Diese Verschönerungskommission verlangt auch für die kleinen Häuser recht hohe Dächer. Jeder Hausbesitzer aber weiß, wieviel teure Reparaturen ein solch hohes Dach macht, jeder kann mir bezeugen, die fangen nach einigen Jahren an. Solche Dächer sehen ja ganz schön aus, aber bei einer Arbeiterwohnung kommt es nicht darauf an, ob sie luxuriös ist, sondern er muß in erster Linie darnach sehen: Habe ich ein zweckmäßiges Haus und ist es nicht zu teuer? Das ist die Hauptsache.

Dann habe ich vor einigen Sitzungen schon ausgeführt, daß der Gesundheitsrat auch betreffs Herstellung von Ställen im Landgebiet für kleine Häuser außerordentlich schwere Vorschriften erlassen hat, indem er diesen Leuten verbietet, Viehzucht zu treiben, weil das für die Gesundheit unzutraglich wäre. Ich habe damals schon angeführt, daß ich für drei Arbeiter Häuser gebaut habe, für zwei Maurer und einen Tischler. Ich habe sehr viel Scherereien davon gehabt, daß da Ställe gebaut werden durften, indem sie sich vielleicht drei Schweine züchten wollten. Der Gesundheitsrat war anderer Ansicht, der meinte, statt drei Schweine könnten in einem solchen Stalle dreißig untergebracht werden. Dann aber hätten sie etwas gestapelt werden müssen, sonst wäre es nicht möglich. Ausnahmsweise haben die Leute die Genehmigung erhalten mit der Bedingung, daß sie nicht mehr Schweine in diesen Ställen züchten durften als zu ihrem eigenen Hausbedarf. Ist dann aber das Geschäft noch rentabel? Ich glaube das nicht. Denn dann wird der Mann ein Schwein in einem halben Jahre großziehen, und im nächsten halben Jahre steht der Stall leer. Mit allen diesen Vorschriften erreicht der Gesundheitsrat das Gegenteil von dem, was er erreichen will. Er will schöne große Wohnungen für die Arbeiter schaffen, aber durch die Vorschriften wird der Bau kleiner Wohnungen unmöglich gemacht. Beweis dafür ist, daß in den letzten Jahren fast gar keine Arbeiterwohnungen gebaut worden sind, wenigstens so minimal, daß es eigentlich gar nicht mitzählen kann.

Dann habe ich noch einen ganz besonderen Punkt zu melden, das ist der unglückliche § 71 der Bauordnung für das Landgebiet. Im Landgebiet sieht es betreffs der Arbeiterwohnungen ganz traurig aus, und das fängt man an jetzt einzusehen. Leider Gottes ist zu konstatieren, daß in unserer nächsten Umgebung im Oldenburgischen und Preussischen an der nächsten Grenze von Bremen sehr oft und sehr viele Arbeiterwohnungen gebaut werden und zwar von Leuten, die in Bremen Arbeit haben, weil der § 71 ihnen im Wege ist und sie es sich nicht leisten können, in Bremen Arbeiterhäuser zu bauen. Denn der § 71 sagt klipp

und klar, daß zwischen zwei Häusern ein Abstand von 10 m auf jeder Seite sein muß, so daß man für jedes Haus, daß 7 m Baufront hat, 17 m Grund kaufen muß. Ich frage Sie: Ist das recht? Kann sich ein Arbeiter das leisten? Das ist doch undenkbar. Aus dem Grunde kann man im Landgebiet keine kleinen Wohnungen mehr bauen.

Dann, meine Herren, die Frage, die angeregt ist betreffs des Geldes. Das ist ein großer Uebelstand, ich gebe das ohne weiteres zu. Früher, vor längeren Jahren konnte man erstes Geld zu $3\frac{3}{4}$ —4 % bekommen, das heißt vielleicht vor 15, 20 Jahren. Jetzt kostet erstes Geld ganz besonders für kleine Häuser, wo keiner gern Geld hingibt, $4\frac{1}{2}$ —5 %. Für das andere Geld, das früher mit 4— $4\frac{1}{2}$ % zu haben war, müssen die Leute heute glatt 5—6 % bezahlen, und sie können noch froh sein, wenn sie überhaupt etwas bekommen. Aus dem Grunde ist in den letzten Jahren die Erbauung von Arbeiterwohnungen ganz außerordentlich erschwert worden.

Dann kommt noch ein anderes hinzu, daß diejenigen, die sich diese kleinen Arbeiterwohnungen bauen, sehr vielfach sich nicht an hiesige Makler wenden, die nach fester Taxe Geld besorgen, sondern sie fallen sehr oft Leuten in die Hand, bei denen sie für die Besorgung von Geld 1, sogar bis zu 2 % bezahlen müssen. Derartige Sachen sind eine sehr üble Sache, die das Baugewerbe außerordentlich erschweren und lahm legen. Aus dem Grunde kann man sich mit dem Antrag, den Herr Bley seinerzeit gestellt hat, wohl befremden. Wenn man aber etwas schaffen will, darf man nicht mit 100 000 M anfangen, sondern muß wesentlich höher gehen. Aber beim Staat ist die allergrößte Vorsicht in dieser Beziehung am Platze, damit er nachher nicht sich sagen muß: Jetzt hast du die Finger anzukaufen. Da muß man besonders vorsichtig sein. (Sehr richtig!)

Dann sind auch durch die kolossal gestiegenen Löhne natürlich die Häuser auch teurer geworden. Ich habe heute aus meinen Büchern festgestellt, daß ich ein Haus ungefähr 1904 gebaut habe und ein ähnliches Haus im vorigen Jahre, und für dieses letztere allein $37\frac{1}{2}$ % pro tausend Steine mehr ausgegeben habe. Das bringt eine wesentliche Erhöhung mit sich. Nun frage ich Sie bloß: Sind mit diesem raschen Steigen der Werte die Mieten mitgestiegen? Ich glaube nicht. Wenn man hier sagen wollte, wir hätten in Bremen teure Mieten, so muß ich das bestritten. Die haben wir nicht. Wir haben im Verhältnis zu den Herstellungskosten sehr niedrige Mieten, so daß es sich im Augenblick kaum lohnt, Wohnungen zum Vermieten herzustellen. Selten kommen die Vermieter auf ihre Rechnung.

Herr Präsident, auch das wird jedenfalls in letzter Zeit besser werden müssen, und es wird sich kaum jemand dazu finden, Arbeiterwohnungen zu bauen, und daß der Staat daran geht, Arbeiterwohnungen

zu bauen, dazu wird sich der bremische Staat niemals aufschwingen können, denn das würde dem Staat ein immenses Geld kosten. (Zuruf Struckmann: Bettstroh als Miete!) Ja, Herr Struckmann hat recht, wie man landläufig sagt, der Staat könnte Bettstroh für Miete bekommen, und daß daran nicht viel gelegen ist, werden Sie sich ausmalen können. Und so bin ich zu der Ansicht gekommen, daß man hier nicht mit einem Berichte des Wohnungsinspektors etwas anfangen kann, auch nicht mit einer Deputation, sondern wenn wir rasch vorwärts kommen wollen, dann müssen wir eine bürgerchaftliche Kommission wählen mit dem Ersuchen an den Senat, sich in dieser Kommission vertreten zu lassen. Rasch müssen wir am Platze sein. Wenn aber an eine Deputation irgend welche Sachen kommen, die nicht zu ihrem Ressort gehören, dann werden Sie immer hören, das ist nicht unsere Aufgabe, das gehört nicht zu unserem Ressort, und ehe dann die andere Deputation gefragt ist und Sie Auskunft haben, ist ein Jahr vergangen. Wir haben bald die Wohnungsnot, die wir mit einem Antrage vorbeugen können, wenn wir uns rasch entschließen. Wir könnten dieser Kommission ja auch den Auftrag mit auf den Weg geben, über eine eventuelle Niederlegung einer Deputation, wie Dr. Böhmert will, mit zu beraten. Und wenn der Bericht kommt, dann glaube ich, wird es an der Zeit sein, den Antrag von Dr. Böhmert anzunehmen. Ich bitte deshalb, meinen Antrag auf Kommissionsberatung anzunehmen. (Bravo!)

Herr Direktor Dr. Böhmert: Es kann nicht bestritten werden, daß die bremischen Wohnungsverhältnisse, die früher, im Gegensatz zu andern Städten, gut gewesen sind, sich seit Anfang des Jahrhunderts wesentlich verschlechtert haben. Ich will mich aber bezüglich dieser Frage der wohlthuenden sachlichen Kürze befleißigen, mit der auch Herr Henke gesprochen hat. Ich kann es tun, da auf Wunsch von Senat und Bürgerchaft bei uns sehr eingehende Untersuchungen stattgefunden haben, die in ganz Deutschland ihresgleichen nicht haben. In bezug auf die Statistik der Wohnungen haben wir wohl die genaueste Kenntnis. In einer Beziehung möchte ich Herrn Henke berichtigen. Die Gesellschaft für soziale Reform hat sich nicht erst in letzter Zeit mit dieser Frage beschäftigt, sondern seit der Errichtung der Gesellschaft für soziale Reform hat sie es sich zur Hauptaufgabe gemacht, auf die schlechten Wohnungsverhältnisse hinzuweisen. Die Wohnungsverhältnisse sind bei uns in einer Umwandlung begriffen, die es nötig macht, daß die Allgemeinheit und die am Gemeinwohl interessierten Männer die Zügel nicht aus den Händen verlieren. Nun ist neuerdings die ganze Lage noch besonders schwierig geworden dadurch, daß in letzter Zeit zu den allgemeinen Mängeln auch ein bedenkliches Nachlassen im Wohnungsbau hinzu gekommen ist. Darauf will ich aber nicht näher eingehen. Ich will insbesondere nicht untersuchen, inwiefern der

sogenannte Bauschwindel dafür verantwortlich gemacht werden muß. Zweifellos ist aber, daß das auffallende Nachlassen des Wohnungsbaus, und besonders desjenigen der kleinen Wohnungen, wesentlich durch ihn veranlaßt ist. Herr Leymann hat das schon zugegeben. Es ist allgemein bekannt, daß im letzten Jahre weniger Häuser und Wohnungen gebaut sind als in den Vorjahren, obwohl schon im November vorigen Jahres ein sehr starkes Nachlassen der leerstehenden Wohnungen zu beobachten war. Ich will aber, wie gesagt, auf die Gründe nicht näher eingehen, aber bemerken, daß ich fast in jeder Beziehung das unterschreibe, was Herr Leymann angeführt hat. Um es kurz zu resumieren, so ist das Nachlassen des Wohnungsbaus zurückzuführen zunächst auf den Mangel an Kapital, der dadurch herbeigeführt ist, daß die Geldgeber durch die vielen Subhastationen die Lust verloren haben, ihre Gelder in ein so riskantes Unternehmen zu geben. Ein fernerer Grund für den Kapitalmangel ist der, daß, wie mir berichtet worden ist, die Bremer Lebensversicherungsbank ihre Bedingungen bedeutend verschärft hat. Die Folge davon ist gewesen, daß nicht weniger als 5 000 000 M., die hier angelegt waren, nach auswärts gegangen sind. Dieser Betrag würde schon allein genügen, um die Bautätigkeit zu beleben. Als zweiten Grund sehe ich an, daß den Hausbesitzern fort und fort neue Lasten auferlegt worden sind, und zwar nicht nur von uns, sondern auch vom Reich. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen und will nur bemerken, daß wir schon bei einem Punkte, nämlich bei den Wasserabgaben, hier etwas bessern können, wie es der Antrag des Herrn Garves wollte. Vielleicht gibt es auch noch andere Sünden, die wir begangen haben, und die wir rückgängig machen können. Ich will nur an die Kanalabgaben erinnern.

Der dritte Grund wird von Herrn Leymann in der Verschärfung der Bauordnung gesehen. Diese stellt Anforderungen, die für den Bau von Kleinwohnungen nicht nötig sind. Man sollte sich nach dem Muster Englands richten und die dort geltenden Bestimmungen beachten, England ist ja das Land des Einfamilienhauses. Dort sind solche Beschränkungen und unbillige Härten nicht bekannt. Nur wenn wir uns auf das Nötigste beschränken, wird es auf die Dauer noch möglich sein, ein billiges Kleinhaus für die arbeitende Bevölkerung zu beschaffen.

Ich will aber auf diese allgemeinen Fragen nicht näher eingehen und wende mich der praktischen Frage zu, was wir im gegenwärtigen Augenblicke tun können. Da müssen wir nach unserer Auffassung grundsätzlich zwischen zwei Fragen unterscheiden, nämlich zwischen der, was wegen der bestehenden Wohnungsnot geschehen muß und was im allgemeinen zur Besserung der Wohnungsverhältnisse unternommen werden kann. Was die erstere Frage betrifft, so kann meines Erachtens nicht bestritten werden, daß augen-

blicklich ein Mangel an kleinen Wohnungen besteht, der an eine Wohnungsnot heranreicht. Herr Veymann hat das im gewissen Sinne bestritten, gibt es aber auf der andern Seite zu. Er meint, daß eine Not vorhanden sei, könne er nicht bezweifeln, aber die davon Betroffenen hätten es sich selbst zuzuschreiben. Es mag sein, daß noch Wohnungen übrig bleiben, wenn es bei allen schlechten Mietern aus allgemeine große Aufwaschen geht. Aber wenn es Tatsache ist, daß für alle diese keine passenden Wohnungen vorhanden sind, so ist eben doch eine Wohnungsnot da. Denn auch die schlechten Mieter müssen schließlich wohnen, und wenn sie die Miete nicht bezahlen können, dann muß die Armenpflege für sie eintreten. Jedenfalls ist also eine akute Wohnungsnot vorhanden. Seitdem wir in der Gesellschaft für soziale Reform die Frage behandelt haben, sind mir zahlreiche Mitteilungen zugegangen. Danach kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß wir einen Mangel an kleinen Wohnungen haben. Dieser äußert sich z. B. darin, daß sehr solide Arbeiter mit vielen Kindern tagelang herumziehen müssen, bevor sie eine Wohnung finden. Er äußert sich auch darin, daß viele, wie Herr Henke richtig hervorgehoben hat, teurere Wohnungen beziehen und dann einen Teil abvermieten wollen. Das ist auch bedenklich, da es zur Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse beitragen muß. Er äußert sich auch darin, daß viele, die nach Bremen gekommen sind, wieder wegziehen müssen. Andere wenden sich überhaupt nicht hierher, weil sie keine Wohnung bekommen können. So wird vielleicht die Wohnungsnot auch zu einem Arbeitermangel führen. Sie äußert sich endlich darin, daß eine Steigerung der Mieten eingetreten ist. Nun gebe ich Herrn Veymann zu, daß es während des Uebersflusses an Wohnungen den Hausbesitzern teilweise nicht möglich war, diejenige Miete zu erzielen, die sie beanspruchen konnten. Man muß annehmen, daß der Hausbesitzer 6% vom Gesamtwerte des Hauses unbedingt erhalten muß, wenn er dabei bestehen will. Dieser Betrag ist bei neuen Häusern nicht überall erzielt worden. Wenn das richtige Gleichgewicht vorhanden sein und wenn der Hausbesitzer keinen Schaden leiden soll, so ist das nötig. Aber es ist sehr bedenklich, wenn die jetzige Lage zu einer allgemeinen Steigerung der Mieten führen sollte. Damit würde der minder bemittelten Bevölkerung eine neue und sehr drückende Steuer auferlegt werden. Ich glaube, daß ein übermäßiges Steigen auch am allerwenigsten im Interesse der Hausbesitzer selbst ist. Es würde dann womöglich ein planloser Wohnungsbau stattfinden, so daß es noch schlimmer würde, als es gewesen ist.

Ich wiederhole also, an dem Bestehen einer Wohnungsnot kann nicht gerüttelt werden; ein Bericht ist deshalb überflüssig. Die Wohnungsinspektion könnte ihn auch gar nicht bearbeiten. Sie besteht aus zwei

Beamten. Wie könnten die in zwei Wochen einen allgemeinen Bericht über die Wohnungslage in Bremen liefern! Das ist vollständig ausgeschlossen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß im November nach den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft eine Zählung der leer stehenden Wohnungen stattfindet. Die Zählarten sind schon verschickt. Die Zählung kann aber erst stattfinden, wenn die Oktoberumzüge und wenn der Freimarkt vorbei sind. Wenn Gelegenheit gegeben ist, die Zählung zu beschleunigen, dann wird es geschehen, und ich werde mich bemühen, der Bürgerschaft das Ergebnis so schnell als möglich vorzulegen. Ich glaube, daß das in dieser Beziehung das einzige ist, was wir zurzeit machen können.

Aber eine andere Maßnahme gibt es, die für die praktische Bekämpfung der Wohnungsnot von Vorteil sein würde, das ist die Einrichtung eines kommunalen Wohnungsnachweises. Ich habe mir erlaubt, diese Frage aus den übrigen Anträgen herauszuheben, und einen besonderen Antrag zu stellen. Wir haben vor einigen Tagen in der Gesellschaft für Soziale Reform einen Vortrag veranstaltet von einem der besten Kenner der Sache, Herrn Hauptmann von Kalkstein, der sich mit dieser Frage seit Jahren beschäftigt hat. Wenn mehrere Herren von der Bürgerschaft da gewesen wären, so würden sie dort erfahren haben, daß schon 51 Städte diesen kommunalen Wohnungsnachweis eingeführt haben, und daß in allen Städten, wo er eingeführt ist, die besten Erfahrungen damit gemacht worden sind, daß ein solcher Nachweis ohne große Kosten einzurichten ist. Und ich glaube, daß er für uns deshalb besonders wertvoll wäre, weil wir dann genau wüßten, wie die Dinge liegen. Es würde wie eine Art von Barometer wirken: alle Leute, die keine Wohnung finden, könnten sich an eine bestimmte Stelle wenden und dann würden wir wissen, wie die Dinge stehen und wann der Staat mit Notstandsmaßnahmen eingreifen muß. Daß dieser Moment kommen wird, ist meines Erachtens höchstwahrscheinlich. Wir haben in den nächsten Monaten einen starken Zuzug zu erwarten. Dafür sind Arbeiterwohnungen nicht vorhanden. Es muß dann eben eventuell durch Barackenbauten oder durch Mieten von Häusern oder sonstwie gesorgt werden. Meiner Meinung nach muß das zur rechten Zeit vorgenommen werden, und das würde am besten möglich sein, wenn wir einen Wohnungsnachweis errichteten. Vielleicht ist es nur eine provisorische Einrichtung. Ich glaube also, wenn wir eine Wohnungsnot anerkennen, dann ist die Einrichtung eines Wohnungsnachweises auch notwendig.

Nun komme ich zu der Frage, was wir im allgemeinen zur Besserung der bestehenden Wohnungsverhältnisse tun können. Im wesentlichen handelt es sich heute darum, ob wir eine Kommission oder eine Deputation einsetzen sollen, oder aber, ob wir einen Bericht von der Wohnungsinspektion einfordern wollen,

wie es von Herrn Henke gewünscht wird. Ich glaube, wir müssen hier einen Unterschied machen zwischen den Wohnungen, die schon vorhanden sind, und denen, die erst gebaut werden müssen. Beide Arten von Wohnungen erfordern eine gründliche Rücksicht und eine besondere Behandlung. Wir haben die Wohnungsinpektion im wesentlichen eingerichtet für die Wohnungen, die schon gebaut worden sind. Wir können diese Wohnungen nicht verändern, sie werden bleiben, und der größte Teil der etwaigen Mängel, die ihnen anhaften, läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen, vielleicht überhaupt nicht. Die Wohnungsinpektion kann nicht alle den Anforderungen nicht entsprechenden Wohnungen einfach sperren, da durch eine solche Maßnahme nicht allein eine große Wohnungsnot hervorgerufen, sondern auch eine große Zahl von Hausbesitzern ganz erheblich geschädigt werden würde. Wir müssen bedenken, daß ein großer Teil des Volksvermögens — ich schätze ihn mindestens auf eine Milliarde — in Häusern investiert ist. Ein ganz erheblicher Teil dieses Gesamtvermögens würde also durch ein unrichtiges Vorgehen geschädigt werden. Deshalb dürfen wir nicht Maßnahmen treffen, die darauf hinauslaufen, die Hausbesitzer in berechtigten Interessen zu schädigen. Wir müssen darum davon absehen, ihnen eine besondere Konkurrenz zu bereiten durch ungerechtfertigt günstige Bedingungen, die wir anderen gewähren, wodurch wir schließlich die ganzen Wohnungsverhältnisse ins Schwanken bringen könnten. Die Hausbesitzer leiden ebenfalls zum Teil schweren Schaden unter den Schwierigkeiten, von denen Herr Leymann gesprochen hat, insbesondere unter gewissen gesetzlichen Bestimmungen, durch die auch die Bauunternehmer geschädigt werden. Auch sie leiden darunter, daß sie das nötige Kapital, vor allem die zweiten Handfesten nicht bekommen können. Selbst durchaus solide Hausbesitzer sind in den letzten Jahren nicht in der Lage gewesen, bei der Kündigung der zweiten Hypothek dafür Ersatz zu finden. Auch dieser Hausbesitzer uns anzunehmen, sind wir verpflichtet. Das ist der Grund, warum ich von Herrn Leymann, der die Niederlegung einer Kommission beantragt, abweiche, denn eine Kommission würde deren Interessen überhaupt nicht wahrnehmen können: sie würde sich in diesem Moment nur beschränken müssen auf die Frage der Bauordnung, die Herr Leymann mit Recht in den Vordergrund gerückt hat.

Was die Neubauten betrifft, so haben wir vielleicht da eine größere Möglichkeit, einzugreifen und das Wohnungsweisen für die Zukunft im Sinne der Allgemeinheit zu beeinflussen. Wir werden zunächst dafür sorgen müssen, daß über den richtigen Haustypus für Kleinwohnungen beraten wird. Diese Frage ist keineswegs entschieden. Im Gegenteil, wir schwanken da augenblicklich hin und her; wir wissen nicht, ob das Einfamilienhaus maßgebend bleiben soll oder das Zweifamilien- oder das Vierfamilienhaus oder gar,

wie manche wünschen, die große Mietskaserne. Auch da muß meiner Ansicht nach eine gründliche Untersuchung stattfinden, und das geschieht am besten durch eine Deputation und nicht durch eine Kommission.

Zweitens muß auch dafür gesorgt werden, daß unser Bauwesen in soliden Bahnen wandelt. Durch den Bauschwindel ist unser Baumarkt in große Erschütterungen versetzt worden. Die Herren Bauunternehmer sind, das kann man ihnen zum Ruhme nachsagen, in den letzten Jahren bemüht gewesen, diese Giftpflanze auszurotten. Vielleicht sind sie allerdings dabei zu radikal vorgegangen. Wenn ich Herrn Behrens in der mehrfach erwähnten Sitzung der Gesellschaft für Sozialreform richtig verstanden habe, haben die Bauunternehmer die Lieferung von Materialien von der Zustimmung einer Zentralstelle unter scharfen Bedingungen abhängig gemacht. Ich gebe zu, daß das vielleicht bei der gegebenen Lage nötig war, ob es aber auf die Dauer zweckmäßig sein wird, ist mir zweifelhaft, da es zweifellos eine Beschränkung der Freiheit bedeutet und schließlich mehr als nötig zu einer Beschränkung der Bauten führen kann.

Drittens müßte vor allen Dingen durch genaue Beobachtung des Wohnungsmarktes ein Weg zu finden sein, daß beim Bau von Kleinwohnungen das richtige Tempo innegehalten wird. Ich habe in den Berichten des Statistischen Amtes mehrfach — zuletzt Anfang Juli — darauf hingewiesen, daß mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Mangel an Kleinwohnungen zu rechnen sein werde, wenn das Tempo der Bautätigkeit nicht beschleunigt würde. Trotzdem hat seitdem noch eine Verringerung stattgefunden. Das zeigt, daß die Bauunternehmer tatsächlich nicht dem Bedürfnis entsprechend haben vorgehen können. Nun bin ich weit davon entfernt, als Grund dafür pure Bosheit der Bauunternehmer anzunehmen. Sie haben vielleicht das nötige Kapital nicht gefunden, sie haben vielleicht auch bittere Erfahrungen mit ihren Abnehmern gemacht. Hier muß eine gründliche Untersuchung der ganzen Frage erfolgen. Und nicht nur das: es muß auch eine ständige Stelle geschaffen werden, die alle diese Fragen immer von neuem prüfen kann. Es werden sich da stets von Zeit zu Zeit Kalamitäten ergeben. Die Zustände in ganz Deutschland beweisen, daß immer wieder dieselben Fragen auftauchen, und wir werden noch auf Jahre hinaus mit der Frage zu tun haben. Ich erinnere daran, daß in den letzten zehn Jahren die Presse, daß Versammlungen und Vereine sich viel mit der Frage beschäftigt und oft auf die großen Mißstände hingewiesen haben. Die Sache ist soweit gediehen, daß der Staat sie in die Hand nehmen muß. Das kann am besten durch eine Deputation eingeleitet werden. Eine Kommission halte ich nicht für richtig, weil es sich dabei auch um zu viele einzelne Fragen handelt, und die Zusammenfassung einer Kommission nicht eine solche sein wird, daß wirklich alle Interessen in richtig abgewogener Weise

zum Wort und Einfluß kommen. (Herr Notar Tebelmann: In der Deputation auch nicht!) Das wird abzuwarten sein. Die Frage ist keine politische. Wir sind im Grunde vollständig einig auf sämtlichen Seiten, es besteht keine Meinungsdivergenz darüber, daß eine Besserung gefunden werden muß. Wir haben sonst gegen die Niederlegung von Deputationen berechnete Bedenken. Aber hier, wo es sich um eine Frage des Gemeinwohls handelt, wo überall jeder bereit sein wird, sein Bestes zu tun, haben wir allen Grund, uns sämtlicher Quellen zu bedienen, die der Staatsverwaltung zu Gebote stehen, um mit ihrer Hilfe eine Lösung der Frage zu suchen. Das ist am besten möglich in einer Deputation. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. Sie würden damit wirklich die ganze Frage der Wohnungsreform für die minderbemittelten Klassen auf eine neue Bahn bringen und damit auf die Dauer etwas schaffen, was uns aus den jetzigen Verhältnissen herausführen kann.

Herr Kunoth: Herr Präsident! Meine Herren! Die Gesellschaft für soziale Reform hatte die Absicht, die ganze Frage gründlich aufzurollen, sie hat mehrere Versammlungen gehabt, die Herr Henke erwähnte. Die gesetzgebenden Körperschaften und die Behörden mögen gern die Weiterarbeit übernehmen. In der Frage des Wohnungsmangels gehen die Ansichten weit auseinander. Ich erinnere daran, daß Herr Dr. Funk die Zahl der am 1. September d. J. leerstehenden Wohnungen auf 1,05 % berechnet hat gegen 1,8 % am 1. November 1911. Es ist also jedenfalls die Zahl der leerstehenden Wohnungen kleiner geworden. Nun ist schwer festzustellen, inwieweit daran die Kleinwohnungen beteiligt sind. Nach dem ganzen Verlauf der Beobachtungen und nach dem, was auch in der Gesellschaft für soziale Reform darüber gesagt worden ist, glaube ich annehmen zu dürfen, daß zweifellos eine Wohnungsknappheit in den ein-, zwei- und dreizimmerigen Wohnungen existiert und namentlich in den Wohnungen bis zu 400 M. Miete. Es mag das, wie mir Fachleute versichert haben, zum Teil mit darauf zurückzuführen sein, daß Wohnungen, die früher billiger waren, im Preise höher gesetzt sind. Herr Leymann hat schon gesagt, die Hausbesitzer kämen mit der bisherigen Mietsumme nicht aus. Der Wohnungsmangel ist u. a. darauf zurückzuführen, daß wir in den letzten Jahren eine erhebliche Bevölkerungszunahme gehabt haben. (Widerpruch.) Jawohl, das ist bewiesen, und zwar ist speziell der Zuzug von Arbeitern sehr groß gewesen. Allerdings hat der Vorsitzende des Gemeinnützigen Bauvereins in der Gesellschaft für soziale Reform die Ansicht vertreten, daß dieser Zustrom von Arbeitern in der letzten Zeit nur eine vorübergehende Erscheinung sein würde. (Hört! Hört!) Darauf ist wahrscheinlich die Untätigkeit zurückzuführen, daß der Verein bislang keine neuen Wohnungen eingerichtet hat. Ich habe soeben gehört, daß ein

privater Bauunternehmer eine größere Zahl von kleinen Einzelwohnungen zum Baukostenpreise von 5000 M. pro Haus im Findorffstraßenviertel bauen wolle, womit er der Wohnungsnot vorbeugen will. Dieser Preis sei allerdings nur möglich, wenn ihm hinsichtlich verschiedener Forderungen der Bauordnung Erleichterungen zugestanden werde. Ob ihm die von der Behörde genehmigt werden, scheint mir zweifelhaft zu sein. Wir werden ja sehen, ob durch die niederzulegende Deputation oder Kommission in bezug auf die Bauordnung irgendwelche Abänderungen zu Gunsten des Bauens kleiner Häuser erreicht werden. Ich selbst bin in dieser Beziehung Laie und habe mich nirgends dazu geäußert. Von sozialdemokratischer Seite bin ich trotzdem wegen meiner angeblichen Stellung zur Bauordnung angegriffen worden, trotzdem ich, wie gesagt, als Laie gar keine eigene Meinung darüber geäußert habe. Von Herrn Leymann und anderen Fachleuten ist nun ausgesprochen worden, daß der Bau von Kleinwohnungen durch verschiedene Bestimmungen der Bauordnung unnötig verteuert werde, so daß der Preis für viele unerreichbar sei. Ich will, um Reibungen zu vermeiden, hier nicht weiter darauf eingehen. Jedenfalls wird Herr Henke, der ja das Schlusswort hat, Veranlassung nehmen, sich näher mit dem Gegenstand zu beschäftigen, und ich bin neugierig, wie er sich mit der Leymannschen Kritik über die Bauordnung abfindet. Material über die Frage ist uns ja schon von verschiedenen Seiten gegeben worden. Mir ist gesagt worden, daß heutzutage auf 10 000 M. Baukosten allein gegen 800 M. Abgaben kommen. Das ist doch gewiß eine große Summe, und es wäre zu prüfen, ob nicht wenigstens für die kleinen Wohnungen und Straßen die Abgaben ermäßigt werden könnten, auch die für Kanalisation, Wasser usw. Gefragt wird auch sehr über die Höhe der Veräußerungsabgabe: es müssen da für Häuser 2, für unbebaute Grundstücke 4 % bezahlt werden. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß das ein ganz ungewöhnlich hoher Satz ist, den ich durchaus nicht für berechtigt halte. Es ist aber niemals eine Abänderung erfolgt. Nachdem aber die Wertzuwachssteuer eingeführt ist, ist ein so hoher Satz überhaupt nicht angebracht. Man zahlt die 2 oder 4 % auch dann, wenn man beim Verkauf des Hauses einen Verlust hat.

Herrn Henke stimme ich darin bei, daß eine wahre Hypothekennot besteht, da viele Darleiher keine Lust mehr haben, Geld in die Häuser zu geben. Es soll, wie ich gehört habe, die Hypothekennot auch dadurch entstanden sein, daß die bremischen Darleiher infolge der amtlichen Kontrolle in bremische Häuser kein Geld mehr geben wollen. Es ist mir versichert worden, daß viele Bremer Hypothekengeld jetzt nach Oldenburg und Preußen geben. (Sehr richtig!) Auch dies sollte gründlich geprüft werden, und man sollte doch wünschen, daß dieses Geld in Bremen bleibt.

Geprüft werden muß, ob der Staat eingreifen kann, ohne das Privatgewerbe zu schädigen, weiter, ob der Staat Gelände für Arbeiterwohnungen billig oder in Erbpacht abgeben soll. Der Staat könnte durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, weiterab liegendes billiges Gelände erschließen, durch den verteuerten Bürger Straßenbahntarif hat man die Wohnungsverhältnisse gewiß nicht verbessert. (Sehr richtig!) Es müßte sodann der Vorortverkehr auf der Eisenbahn erleichtert werden. — Zu prüfen ist, ob der Staat Hypothekengelder zur Verfügung stellen kann oder ob Genossenschaften zu gründen sind. Viele von uns, die wie z. B. auch ich mit Arbeiten schon reichlich versehen sind und keine neuen Verpflichtungen in einer Deputation oder Kommission übernehmen können, würden gewiß sehr gerne sehen, wenn eine Behörde, in diesem Falle die von mir selbst seinerzeit beantragte Wohnungsinpektion, uns die Arbeit abnehmen könnte. Aber die Wohnungsinpektion hat ja gar nicht Beamte genug und hat andere Aufgaben. Deshalb bin ich in erster Linie für eine Deputation. Wird aber eine Kommission gewählt, so sollen darin nicht nur, wie Herr Henke zu fürchten scheint, Bauunternehmer vertreten sein, sondern auch Herren, die in Ausschüssen noch wenig oder gar nicht beschäftigt sind. Natürlich sollen auch Sozialdemokraten mitwirken. (Bravo!)

Damit wir schnellstens zu einer statistischen Unterlage kommen, stelle ich folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Statistik zu beauftragen, die November-Zählung der leerstehenden Wohnungen so schnell wie möglich vorzunehmen und einen beschleunigten Bericht darüber zu erstatten.

Durch die beschleunigte Berichterstattung werden wir das Material einige Wochen früher als sonst erhalten. Ich hoffe, daß etwas Gutes bei den Beratungen herauskommt, aber nicht nur für die eine Seite, für die Mieter, sondern so, daß dabei das Interesse aller Beteiligten gewahrt bleibt. (Beifall.)

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Herr Richter Castendyk: Die Herren Vorredner sind sämtlich derselben Ansicht, daß eine Wohnungsnot droht oder vielleicht schon besteht. Ich kann mich dieser Ansicht anschließen. Ich habe der Sitzung der Gesellschaft für Soziale Reform beigewohnt, welche die heutige Verhandlung veranlaßt hat, und aus den Ausführungen der großen Zahl Sachkundiger, welche dort gesprochen haben, daselbe Urteil gewonnen, wie die Herren Vorredner, abgesehen davon, daß ich auch von anderer Seite und in meinem Berufe als Richter auf die beginnende Wohnungsnot aufmerksam gemacht bin. Ich will nicht auf die Gründe dieser Wohnungsnot eingehen: die Herren Vorredner haben sich ausführlich darüber geäußert. Ich kann Herrn Leymann und Herrn Direktor Böhmert im großen und ganzen zustimmen. Sicher sind die Bestimmungen der Bauordnung mit

der Grund gewesen, der die Baugewerbetreibenden von der Bautätigkeit abgehalten oder diese doch stark gemindert hat. Ich bin nicht baufachverständig, aber die Vorwürfe gegen die Bauordnung, die die Herren vorgebracht haben, scheinen mir zum Teil jedenfalls begründet zu sein. Herr Henke hat darauf hingewiesen, wie stark in Bremen die Zahl der Zwangsverkäufe ist, er sagt, daß Berlin erst nächst Bremen die meisten Zwangsverkäufe habe. Ich weise darauf hin, daß die Zahl der Grundstücke in Bremen auch annähernd so groß ist wie in Berlin, weil wir noch das Einfamilienhaus in größerer Zahl haben. Ein Grund der vielen Zwangsverkäufe ist aber auch unsere Erbe- und Handfestenordnung. Die Gläubiger haben es viel leichter, ein Grundstück, wie es bei uns heißt, an die Kerze zu bringen, als einen Zwangsverkauf nach Grundbuchrecht zu erreichen. Sie brauchen nur den Antrag zu stellen, sobald sie ein Urteil haben und bei der Vollstreckung in das bewegliche Vermögen nicht befriedigt sind, und ohne daß sie einen Pfennig Kosten zu zahlen brauchen, geht das Verfahren weiter. Das trägt dazu bei, daß eine Masse Zwangsverkäufe beantragt werden, die nach neuem Rechte nicht beantragt werden würden. Herr Kunoth hat noch darauf hingewiesen, daß viele Hypothekengelder nach auswärts gehen sollen. Das wird dem Umstande zugeschoben, daß im Steuergezeße Bestimmungen sind, daß die Eigentümer über die auf ihren Grundstücken ruhenden Hypotheken Auskunft geben sollen. Ich bemerke, daß uns in der Kommission für das Steuergezeß, der ich angehört habe, gesagt ist, auswärts würde allgemein diese Auskunft verlangt und das hiesige Generalsteueramt wüßte von Belegungen, welche die Bremer auswärts gemacht haben, Bescheid, von den hiesigen nicht, weil die dortigen Hauseigentümer die Belegungen aufgeben müßten und weil die dortigen Behörden an das Generalsteueramt Mitteilung schickten und zwar unaufgefordert, so daß das Generalsteueramt über auswärtige Belegungen von Bremen informiert sei, über die hiesigen Belegungen nicht. Ob das in vollem Maße richtig ist, kann ich nicht prüfen, ich muß die Verantwortung dafür Herrn Senator Donandt überlassen, der uns die Mitteilung gemacht hat.

Herr Präsident, ich glaube wie gesagt wie die Herren Vorredner, daß eine Wohnungsnot besteht oder droht, und daher ist es notwendig zu prüfen, ob der Staat etwas dagegen tun kann, oder tun muß. Ich würde es aber für einen Fehler halten, nur zu prüfen, was im Augenblicke geschehen muß, um einem augenblicklichen Mißstande abzuwehren. Ich glaube, wenn wir uns an die Sache heran machen, dann muß sie gründlich geprüft werden. Ich stimme Herrn Direktor Böhmert insoweit vollkommen bei, ziehe aber nicht die Schlussfolgerung daraus, daß nur in einer ständigen Deputation diese Prüfung erfolgen könne. Eins ist sicher, daß die Prüfung schnell erfolgen muß, denn eine Wohnungsnot droht sicher in nächster Zeit nach

dem, was wir darüber gehört haben. Und ich habe immer erfahren, daß eine Kommission schneller arbeitet als eine Deputation. Denn letzterer gehöret eine größere Anzahl von Senatoren an aus den verschiedenen Ressorts, und wir wissen, wie stark die Herren belastet sind. Mit einer Kommission können wir sofort beginnen, bei einer Deputation müssen wir erst abwarten, ob der Senat zustimmt. Es kommt hinzu, daß eine ständige Deputation von heute auf morgen nicht geschaffen werden kann. Einer solchen wird der Senat erst nach längeren Erwägungen zustimmen, aber von einer Kommission würden wir einen schleunigen Bericht bekommen. Ich stimme Herrn Direktor Böhmert auch darin bei, daß eine dauernde Aenderung der jetzigen Verhältnisse nicht von einer Kommission vorgeschlagen werden kann, daß dazu eine Deputation nötig ist; aber die Vorarbeiten kann eine Kommission machen. Sie kann für den Augenblick Vorschläge machen und Anregungen für die Zukunft geben, auf welchen dann eine Deputation weiterarbeiten kann. Die Kommission soll sich mit allen Fragen beschäftigen, die mit der Sache zu tun haben. Es sind schon erwähnt: Aenderung der Bauordnung, Beschaffung von Baugeldern, ob Staatsgelder für zweite Hypotheken hergegeben werden sollen, städtischer Wohnungsnachweis, Verkehrserleichterungen, billige Vorortstaxen usw. Eine Hauptfrage ist, ob der Staat sich am Bau von Kleinwohnungen beteiligen soll. Ich bin der Ansicht, daß der Staat als Bauherr nicht auftreten soll, solange es noch andere Mittel gegen die Wohnungsnot gibt. Zu prüfen ist aber, ob es nicht zu machen ist, daß der Staat Grundstücke nur mit Rückkaufsrecht verkauft, wie das in Ulm mit Erfolg geschehen ist, oder an ihnen Erbbaurechte, die auch Herr Runoth erwähnt hat, bestellt, wie es in Posen und anderswo gemacht ist. Es sind dies Fragen, über welche die Mehrzahl von uns nicht informiert ist, die aber geprüft werden müssen. Auswärts beginnt man mit diesen Mitteln das wieder zu gewinnen, was wir noch haben: das Einfamilienhaus. Die Frage, wie dieses uns erhalten werden kann, ist so wichtig, daß sie nicht ernst genug genommen werden kann. Ich will natürlich nicht empfehlen, ohne weiteres dem Beispiele der einen oder der andern jener Städte zu folgen, aber geprüft werden muß die Frage, ob wir nicht etwas Ähnliches machen und so billigere Wohnungen schaffen können, als wir haben. Herr Dr. Böhmert hat noch extra den Antrag gestellt, einen städtischen Wohnungsnachweis zu schaffen. Ich bin der Ansicht, wenn wir eine Kommission wählen, dann sollten wir dieser den Antrag mit übergeben, und ich stelle den Antrag, falls der Antrag auf Kommissions- oder Deputationsberatung angenommen wird,

diese Frage der Deputation oder Kommission zur Berichterstattung mit zu übergeben.

Wenn die Kommission über das gesamte Material berichten soll, dann wird das längere Zeit in Anspruch nehmen. Sie könnte aber über einzelne Punkte vorweg berichten, so z. B. über den Wohnungsnachweis. Ich empfehle, den Antrag von Herrn Leymann anzunehmen und den Antrag wegen des Wohnungsnachweises der Kommission oder eventuell der Deputation zu überweisen.

Herr Syndikus Dr. Apelt: Herr Präsident! Die Ausführlichkeit und Gründlichkeit der Ausführungen der Vorredner und die Fülle der zu dem Gegenstande gestellten Anträge ist ein hinlänglicher Beweis, wie wichtig der hier verhandelte Gegenstand ist, und wie ernst er von der Bürgerschaft genommen wird. Ich stehe nicht an, ihn als einen der wichtigsten zu bezeichnen, die uns beschäftigen können, noch erheblich wichtiger, als die Lebensmittelteuerung, die uns zur Niederlegung einer Deputation veranlaßt hat. Denn hier handelt es sich um Dinge, die sich nicht von heute auf morgen ändern können. Es handelt sich um Wirkungen auf Jahrzehnte und auf noch längere Zeiträume hinaus. Ich glaube daher, daß die Angelegenheit nicht gründlich genug geprüft werden kann. Ich stehe, wie die meisten Vorredner, auf dem Standpunkt, daß der Staat sich um die Sache mit allem Nachdruck zu kümmern hat, daß er versuchen muß, Einfluß auf die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse zu gewinnen, und darauf hinzuwirken, daß in genügender Weise für Wohnungen gesorgt werde, sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht. Insbesondere sollte es unsere Sorge sein, daß das Einfamilienhaus für Bremen erhalten bleibe, oder daß wenigstens, wie Herr Dr. Böhmert ausgeführt hat, der bestmögliche Typ des Wohnhauses ausgewählt werde. Weiter sollten wir dahin streben, daß auch das Eigenhaus nach Möglichkeit für Bremen erhalten werde. Wir stehen in dieser Beziehung günstiger da als die meisten deutschen Städte. Um so mehr aber sollten wir bestrebt sein, diesen schönen Vorsprung, den wir haben, nicht zu verlieren. Es handelt sich dabei vor allem um die Beschaffung des Realkredits, ferner um die Hintanhaltung des sogenannten Bauschwindels und der ungesunden Bodenspekulation.

Ich komme nun zu der Frage, mit welchen Mitteln hier einzugreifen ist. Ich stimme mit den letzten Herren Vorrednern darin überein, daß wir mit einem Bericht der Wohnungsinpektion zurzeit nicht sehr weit kommen würden. Des weiteren gehen nun in der Bürgerschaft die Ansichten darüber auseinander, ob es richtiger sei, eine Deputation oder eine Kommission einzusetzen. Ich selbst war zuerst der Meinung, daß es zweckmäßiger sei, eine Deputation niederzusetzen. Aber ich habe mich davon überzeugen lassen, daß im Moment doch eine Kommission richtiger ist. Auch Herr Dr. Böhmert, der ja den Antrag auf Deputations-

beratung gestellt hat, hat darauf hingewiesen, daß es sich um eine doppelte Aufgabe handelt: einmal um die Frage, welche schleunigen Maßregeln zu ergreifen sind, um dem augenblicklich drohenden Wohnungsmangel vorzubeugen, und zweitens, welche dauernden Maßnahmen zu ergreifen sind, damit der Staat den wünschenswerten Einfluß auf das Kleinwohnungsweesen erhalte. Darin stimme ich nun den Vorrednern bei, daß bezüglich der ersten Frage eine Kommission schneidiger, schneller arbeiten wird als eine Deputation. Daneben müßte die Kommission aber auch die Aufgabe haben, zu prüfen, ob zur Erreichung des andern Zweckes eine dauernde Deputation einzusetzen sei. Die Kommission würde also gewissermaßen die Konstituante, die Deputation die Legislative sein: die Kommission hätte das Programm zu entwickeln, die Deputation das Programm später auszuführen oder die Ausführung zu überwachen. Ich bitte, der Kommission möglichst weitgehende Kompetenzen hinsichtlich der Prüfung der Frage zu geben, den Auftrag, den sie bekommt, in möglichst weitgehendem Umfang auszulegen. Ich habe auch den Antrag Leymann so ausgelegt, daß die Prüfung der Frage in weitestem Umfang erfolgen und insbesondere auch die Frage der Errichtung eines Wohnungsnachweises eo ipso mitinbegriffen sein soll. Wenn Herr Richter Castendyl das noch in einem besonderen Antrage ausgesprochen hat, so habe ich selbstverständlich dagegen nichts zu erinnern. Es wird alles zu prüfen sein: eventuelle Aenderung der Bauordnung, Hergabe von Baugeldern, Hergabe von Baugrund, sei es im Wege des Verkaufs mit Wiederkaufsrecht, oder der Vergebung in Erbpacht, sei es an Baugenossenschaften oder an einzelne Wohnungsreflektanten usw. Mit der Hergabe von Staatsgeldern und insbesondere der staatsseitigen Bereitstellung von Baupläzen oder fertigen Häusern wird man allerdings sehr vorsichtig sein müssen, aber die Frage müßte geprüft werden. In andern Städten sind in dieser Beziehung zum Teil schon große Erfolge erzielt worden, soweit ich unterrichtet bin, zur Zufriedenheit aller Teile, auch der Baugewerbetreibenden. Ein allzu großes Risiko dürfte freilich der Staat dabei nicht übernehmen, und es dürfte dadurch die Privatinitiative, die private Bautätigkeit nicht ungebührlich beschränkt werden. Aber, wie gesagt, die Frage muß geprüft werden. Andere Städte sind uns in der Sache schon vorangegangen, es handelt sich also nicht um ein ganz neues Experiment. Ulm, das schon erwähnt wurde, hat schon in den neunziger Jahren Versuche damit gemacht, und die Versuche sind gut eingeschlagen. Man kann auf dem Gebiete nur langsam vorwärtsschreiten. Aber ob nicht auch wir einen Versuch machen sollten, daß ist doch eine ernstlich zu erwägende Frage.

Herr Präsident! Ich möchte zum Schluß noch mit einigen Worten auf den Antrag Henke eingehen. Meiner Ansicht nach würde es wünschenswert sein, wenn der

Wohnungsinspektor an und für sich jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit erstattete. Das hatte ich eigentlich bei der Einsetzung des Beamten erwartet. Wenn wir nun jetzt dahin kommen, eine Deputation für das Wohnungsweesen einzusetzen, dann würde, so nehme ich an, der Wohnungsinspektor dieser Deputation unterstellt werden, und Sache der Deputation würde es sein, uns fortlaufend Berichte zu geben.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß die Einrichtung der Wohnungsinspektion bis zu einem gewissen Grade die Verpflichtung des Staates involviert, seinerseits auch Einrichtungen für Wohnungsfürsorge zu treffen. Das eine ist das Korrelat des andern.

Meine Herren! Ich bitte dem Antrage Leymann zuzustimmen. Ich habe auch nichts dagegen, daß dem Antrage Castendyl und eventuell auch dem Antrage Runoth zugestimmt wird. Meiner Ansicht nach wird sich die niederzusetzende Kommission allerdings ohne weiteres mit dem Statistischen Amt in Verbindung zu setzen haben.

Herr Hermann: Herr Präsident! Meine Herren! Ich konstatiere mit Vergnügen eine bemerkenswerte Wandlung in der Behandlung der Wohnungsfrage. Vor zehn bis fünfzehn Jahren hätten wir in der Bürgererschaft eine solche Debatte nicht haben können. Ein wesentliches Verdienst an dieser Wandlung kann die Gesellschaft für soziale Reform für sich in Anspruch nehmen, die sich seit langen Jahren systematisch mit der Frage beschäftigt hat und auch jetzt die Sache wieder in der Bürgererschaft angeknüpft haben würde.

Die Prüfung der Wohnungsfrage in der Bürgererschaft ist nicht ohne Einfluß auf die Behandlung der Frage geblieben. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß die Prüfungen, die die sogenannte Gangkommission angestellt hat, durchaus praktische Erfolge gehabt hat und nicht so ganz erfolglos gewesen sind, wie es Herr Henke darzustellen beliebte. Das Ergebnis der Prüfung der Gangwohnungen ist doch wohl mit gewesen die Einrichtung der Wohnungsinspektion, und ich meine, das war schon ein erheblicher Schritt, der allerdings weitere Schritte nach sich ziehen muß.

Ich meinerseits bin der Ueberzeugung — ich habe einen ziemlichen Einblick durch meine berufliche Tätigkeit — daß eine Wohnungsnot tatsächlich besteht. Man hat gesagt, es seien Wohnungen genug vorhanden; aber man darf mit Recht fragen, ob alle diese Wohnungen den hygienischen Anforderungen entsprechen. Zu dem Preise von 200 M sind nur wenige Exemplare vorhanden, fast gar keine, wohl aber ist zu konstatieren, daß die Leute mit kinderreichen Familien viel zu hohe Preise für ihre Wohnung anlegen müssen. Auch darüber habe ich Erfahrungen in meiner beruflichen Praxis gesammelt. Neulich war ein Schuhmacher bei mir, der eine zahlreiche Familie hat. Er muß für seine Wohnung 450 M bezahlen und außerdem noch 250 M für einen kleinen Laden. Glauben Sie nicht, daß das

ein Handwerker ist, der Gold schürft. Nein, dieser Mann muß seine Frau aus dem Hause gehen lassen, damit sie in einer hiesigen Wirtschaft aufwäscht und noch nebenbei 60 M monatlich verdient. Sie muß ihre Kinder allein zu Hause lassen, und das größte Mädchen muß den Haushalt führen. Sie sehen, wie die Verhältnisse liegen. Darunter leiden die Kinder, das heranwachsende Geschlecht leidet unter der Wohnungsnot.

Meine Herren, wenn hier gesagt wird, es seien noch eine ganze Reihe guter, hygienischer Wohnungen frei, so stelle ich dem gegenüber fest, daß so viele unhygienische Wohnungen immer voll besetzt sind. Das haben wir bei der Besichtigung der Gangwohnungen erfahren. Diese Gangwohnungen, diese Schlupfwinkel möchte ich sagen, entsprechen gar nicht den hygienischen Anforderungen. Sie sind aber bewohnt, weil sie billig sind. Da müßte die Wohnungsinspektion, die Gesundheitspolizei hineinleuchten. Allerdings kann den Anforderungen, die an Wohnungen gestellt werden müßten, nicht voll entsprochen werden; die Wohnungen können nicht geräumt werden, weil das die Wohnungsnot noch steigern, die Wohnungsnot noch erhöhen würde.

Ich will mich auch kurz fassen wie die anderen Herren.

Eine Förderung der Bautätigkeit im Kleinwohnungs- wesen kann gewiß auf dem Wege herbeigeführt werden, den Herr Leymann empfohlen hat. Herr Leymann hat die Gründe angeführt, die die Erschwerung des Baues kleiner Wohnhäuser mit veranlaßt haben. Gewiß, das ist nicht von der Hand zu weisen, und ich bin auch dafür, daß für eine Erleichterung des Baues kleiner Wohnungen gesorgt werde; aber wir müssen dafür sorgen, daß damit nicht eine Verschlechterung verbunden ist. (Herr Leymann: Das wollen wir auch nicht!) Das müssen wir sehr ins Auge fassen, daß wir mit den Erleichterungen, die wir einführen, nicht einen Rückschritt tun. Die Gefahr ist gar nicht von der Hand zu weisen, es liegt sehr nahe, da zu weit zu gehen. (Sehr richtig!)

Nach meiner Ansicht hat die Privatinitiative bisher nicht ausgereicht, für kleine Wohnungen in genügender Weise zu sorgen; auch der Gemeinnützige Bauverein und ähnliche Veranstaltungen haben dem Bedürfnis nicht genügen können. Nun kommt die Frage: Inwieweit soll sich der Staat und kann sich der Staat beteiligen? Ich würde es als das beste Mittel halten, wenn Privatkapital und Staatsmittel zusammenarbeiten wollten. Ich glaube, daß das möglich ist, wenn ein Verein wie der Gemeinnützige Bauverein Staatsmittel zur Verfügung bekäme, so, daß der Staat ein genügendes Aufsichtsrecht und ein Mitwirkungsrecht bekäme. Riskieren würde der Staat dabei nichts. Woran liegt es denn, daß nicht genügend gebaut wird? Es liegt daran, daß Kapitalien nicht vorhanden sind. Die Mittel können nicht in ausreichendem Maße vorhanden sein, weil kein Gewinn zu erzielen ist, und

daher muß der Staat mit seinen Mitteln eingreifen. Er kann das zu einem Zinsfuß, zu welchem Privatkapital im allgemeinen nicht geliefert werden. Ich glaube, daß der Staat das Geld zu 4% herleihen kann, und glaube, daß er dabei kein erhebliches Risiko laufen würde. Wir würden aber so der Lösung dieser Frage erheblich näher kommen. Dann gehen wir auch sicher, daß die Ermäßigungen, die wir eintreten lassen, den Mietern wirklich zugute kommen, sonst nicht. Auch der Mietpreis richtet sich nach Angebot und Nachfrage, und wir wissen, daß Leute, die Häuser zu vermieten haben und auf den Ertrag der Miete angewiesen sind, die Mieten steigern, wenn sie können, und alle die Erleichterungen werden den Mietern in den meisten Fällen nicht zugute kommen. Wir werden daher einen andern Weg beschreiten müssen, und ich glaube, daß die Privattätigkeit, die bisher von Vereinen geübt worden ist, uns auf den richtigen Weg hinweist. Diese Privattätigkeit muß durch Staatsmittel unterstützt werden.

Gerade beim Eigenhaus wäre der Staat in der Lage, durch Kautelen sein Recht genügend zu schützen, z. B. könnte er sich das Vorkaufsrecht zum Taxatwerte sichern oder andere Maßregeln treffen, die in dem Vertrag aufgenommen werden könnten. Ich glaube, auch nach dieser Richtung müssen wir auf die Fürsorge für das Wohnungsweesen unser Augenmerk richten.

Den Antrag von Herrn Direktor Böhmert wegen des kommunalen Wohnungsnachweises — auch in der Fassung von Herrn Richter Castendydt — kann ich zustimmen. Ich möchte aber, daß er sich allgemein auf Wohnungen erstreckte und keine Einschränkung erführe.

Wenn es sich um die Frage ob Deputation oder Kommission handelt, so stehe ich grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die Deputation die Form des Ausschusses wäre, die wir bilden sollten. Allerdings würde sie länger arbeiten, und ich glaube, daß manches, was schlimm zu Tage liegt, durch eine Kommission rascher bearbeitet werden kann.

Was zu erreichen ist, das muß gemacht werden, aber alle diese Erleichterungen werden den Mietern im allgemeinen nicht zugute kommen, wenn nicht auf der andern Seite ein starkes Gegengewicht geschaffen wird, und das geschieht, wenn der Staat und das Privatkapital zusammenarbeiten. Ich hoffe, daß wir diesen Gedanken ernstlich ins Auge fassen. Die Zeit ist dafür reif, der Gedanke kann heute verwirklicht werden. Der Frage des Eigenhauses müssen wir mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Frage der zweiten Gelder ist angeschnitten worden, die Unsicherheit der zweiten Gelder und die Wiederbeschaffung mit großen Kosten. Ich brauche das nicht weiter zu erörtern. Da sind allerdings 100 000 M ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Staat hat die Verpflichtung, größere Mittel bereit zu stellen. Das kann er in Verbindung mit dem Privatkapital ohne großes Risiko.

Wenn es geschieht, dann glaube ich, daß wir auf dem Gebiete des Wohnungswezens ganz erhebliche Verbesserungen erzielen können. Manche mögen das Eingreifen des Staates unter allen Umständen verneinen, aber mit der bisherigen Weise, davon bin ich fest überzeugt, kommen wir nicht weiter.

Ich glaube, daß die Beratungen von einer Kommission rascher gefördert werden können und daß sie rascher die Schäden beseitigen kann, welche Herr Leymann hervorgehoben hat. Darum stimmen Sie dem Antrage von Herrn Leymann auf Niederlegung einer Kommission zu. Ob später eine ständige Deputation niedersetzen ist, das kann der Kommission zur Vorbereitung überwiesen werden. Die Kommission wird sich damit eingehend zu beschäftigen haben. Wir wissen zurzeit nicht, wohin wir es bringen wollen. Wir müssen wissen, ob wir das, was wir heute beschließen, auch durchführen können. Ich glaube, daß wir uns wohl überlegen müssen, ob wir einen großen Apparat neu schaffen wollen, oder ob es richtig wäre, die Behörde für das Gesundheitswesen damit auszustatten oder die jetzige Wohnungsinspektion dahin auszugestalten. Das muß in der Kommission oder in der Deputation eingehend geprüft werden. Was den Antrag Henke wegen der Wohnungsinspektion anbetrifft, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß er abzulehnen ist, weil wir mit dem Antrage von Herrn Leymann weiter kommen werden. (Bravo!)

Es wird Schluß beantragt.

Rednerliste: Herren Bley, Kalms, Cordes, Leymann, Notar Tebelmann, Direktor Dr. Böhmert.

Präsident: Eingereicht ist folgender Antrag von Herrn Cordes:

Die Bürgerschaft beauftragt die Kommission oder die Deputation, zu prüfen, ob etwaige Maßnahmen der kommunalen Behörden Bremerhavens, die Wohnungsverhältnisse zu verbessern, durch geeignete Maßnahmen des Staates, insbesondere durch billige Hergabe von Land unterstützt werden können.

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Ueber den Schluß:

Herr Bley: Ich habe eine sehr wichtige Mitteilung zu machen und bitte, den Schluß nicht zu belieben.

Herr Dr. Böhmert: Ich möchte einen Antrag stellen. Da die Bürgerschaft der Ansicht zu sein scheint, daß die Frage wegen einer Deputation noch nicht genügend geklärt ist, so möchte ich bitten, daß der Kommission der Auftrag erteilt wird, über meinen Antrag, ob eine Deputation einzusetzen ist, mit zu berichten.

Präsident: Das halte ich für selbstverständlich. Der Auftrag der Kommission ist, glaube ich, so weitgehend, daß sie auch darüber zu berichten hat, ob eine ständige Deputation eingesetzt werden soll.

Herr Leymann: Ich bitte den Schluß nicht zu belieben. Ich wollte zurückweisen, was Herr Dr. Böhmert ausgeführt hat, wir seien in der Deputation wegen Bekämpfung des Bauschwinds zu rigoros vorgegangen. Ich glaube, wir haben so segensreich gewirkt, daß wir uns da nichts nachsagen lassen können.

Der Schluß wird mit 32 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Herr Bley: Herr Präsident! Meine Herren! Lange vor Einbringung der Anträge haben einflußreiche, ernste Männer sich zusammengefunden, die bestrebt sind, dieser heutigen Katastrophe der Wohnungsnot ernstlich entgegen zu treten und der Meinung sind, daß solches gelingen wird. Es muß eben alles aufgegeben werden, um die Bautätigkeit zu fördern. Das kann nur geschehen, wenn man heute mit einem gewissen Mutte, wie es nicht der Fall ist, bestrebt ist, die zweiten Baugelder zu beschaffen. Schuld daran sind in der Hauptsache an der heutigen Wohnungsnot die zu hohen Forderungen, die an die Häuser von der Behörde gestellt werden. Ich bin der Meinung und kann es auch konstatieren, daß Häuser im Werte bis 15000 M meist 15% zu hoch geschätzt sind. Mancher, der zweite Gelder gibt, richtet sich nach der Schätzung. Angenommen, ein Haus ist mit 12000 M geschätzt, dann glaubt der betreffende Herleiher des Geldes, bis 9000 M gehen zu können. Diese Häuser von 12000 M haben aber einen wirklichen Wert von 10000 bis 10500 M. Ferner ist die Kontrolle, die jetzt von der Seite geübt werden kann, der handfestariischen Belegung ein Hindernis, zweite Gelder zu geben. Wie ich mich überzeugt habe, haben diese Herren sich zusammengetan, den soliden Bauunternehmern für die Folge die Gelder, die sie als zweites Geld wünschen, zu beschaffen und das nicht allein, sondern zu einem ermäßigten Zinsfuße. Ferner bin ich der Meinung, daß die private Bautätigkeit wohl imstande ist, kleine Häuser zu bauen. Ich habe einen Brief von einem Architekten, den man wohl achten kann. Der empfiehlt Häuser im Preise von 7000 M.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Kalms, Cordes, Leymann, Notar Tebelmann, Dr. Böhmert.

Herr Cordes: Ich bitte, mir zu gestatten, noch ein paar Worte zu meinem Antrage zu sagen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Herr Henke (Schlußwort): Herr Präsident! Meine Herren! Ich will mit Herrn Hormann nicht darüber

rechten, wem das größte Verdienst am Zustandekommen der heutigen sachlichen Debatte beizumessen ist; das hat keinen Sinn. Hauptsache ist, daß die rechte, baldige Hilfe kommt. Ich darf aber, ohne unbescheiden zu sein, darauf hinweisen, daß wir vor zehn Jahren schon alles beantragt haben, was jetzt von den Herren verlangt wird.

Es sind nun eine ganze Anzahl Ausführungen gegen meinen Antrag und zu Gunsten des Antrages Leymann gemacht worden, so daß man ein wenig zweifelhaft werden könnte, ob es nicht besser wäre, diesem Antrag Leymann von vornherein zuzustimmen. Ich muß aber sagen, daß ich für meine Person nach wie vor davon überzeugt bin, daß, wenn der Antrag Leymann angenommen wird, die Sache nicht so angefaßt wird, wie sie angefaßt werden muß. Zunächst haben wir allerdings von verschiedenen Seiten gehört — Herr Richter Castendyk hat es gesagt, Herr Hormann hat es aus seinen Erfahrungen aus dem Schulleben bewiesen, von anderer Seite ist etwas ähnliches gesagt worden — daß eine Wohnungsnot vorhanden ist. Herr Dr. Böhmert hat sich allerdings sehr vorsichtig dahin ausgesprochen, daß wenigstens eine Wohnungsnot „drohe“ usw. Ich bin aber der Meinung, wir müssen zunächst volle Klarheit darüber haben, ob eine Wohnungsnot besteht und in welchem Umfange. Diese Klarheit wird eine Kommission nicht bringen, weil sie keine Untersuchungen anstellen kann. Darum scheint mir die Aufgabe der Kommission und damit die Einsetzung der Kommission selbst verfehlt zu sein. Die Kommission wird im wesentlichen das untersuchen, was Herr Leymann vorgetragen hat, also seine Schmerzen in erster Linie, nicht die Schmerzen der Wohnungskonsumenten, wenn ich mich so ausdrücken darf. Was Herr Leymann vorgeführt hat, war weniger Material über die Wohnungsnot und das Wohnungselend, über die Not der kleinen Leute, der Arbeiter, der kleinen Beamten, der kleinen Geschäftsleute, — sondern es waren die Schmerzen der Bauunternehmer. (Herr Leymann: Durchaus nicht!) Wenn er sagte, die Bauordnung sollte geändert werden, so kann ich zustimmen, ich kann aber nicht zustimmen, daß die Bauordnung, wie sie heute besteht, in wesentlichen Punkten geändert wird. Zu der Bauordnung, wie sie heute besteht, sind wir nach schweren Kämpfen, vor allem mit den Bauunternehmern, gekommen, weil die Mehrheit der Bürgerschaft und der Senat der Ueberzeugung waren, daß sie einen außerordentlichen Fortschritt wegen der hygienischen Forderungen darstellt. Nun sollen diese Fortschritte bis zu einem gewissen Grade rückgängig gemacht werden, die dünnen Wände, die schmalen Treppen sollen wieder erlaubt werden, anscheinend, wie die Herren darstellen, Kleinigkeiten. Und vor allem soll der § 71, der den Bauunternehmern sehr lästig ist, geändert werden. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, — es wird aber doch nicht jedem

bekannt sein, weil inzwischen mancher in die Bürgerschaft gewählt wurde — daß Bremen allen deutschen Städten voransteht in bezug auf die hohe Kriminalität. Die meisten Bestrafungen wegen Beleidigungen, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung usw. sind auf die dichte Bevölkerung zurückzuführen. Gerade von Herrn Direktor Böhmert ist, wenn ich nicht irre, bei einer Gelegenheit auf die Wohnungszustände hingewiesen, daß diese hohen Ziffern der Kriminalität zurückzuführen sind auf unsere Wohnungsweise, auf die kleinen Häuser, die keine abgeschlossenen Wohnungen haben, wo die obere Partie ganz genau darüber unterrichtet ist, was in der unteren Partie zu Mittag gegessen wird, wie sich die Eheleute unterhalten usw. Da kann man sich nicht wundern, daß es zwischen den Leuten vor allem wegen der Kinder oft zu Streitigkeiten und Beleidigungen kommt. Diese Zustände sollte man nach Möglichkeit beseitigen und sollte es uns auch eine Menge Geld kosten. Die Bauordnung hat da etwas Besserung geschaffen. Das soll nun wieder rückgängig gemacht werden. Dem kann ich nicht zustimmen, und ich denke, die Bürgerschaft wird es sich auch sehr überlegen müssen. Wenn die Wünsche des Herrn Leymann erfüllt werden, so wird dadurch, davon bin ich fest überzeugt, die bremische Wohnungsnot nicht aus der Welt geschafft werden. Sie überhaupt aus der Welt zu schaffen, ist freilich auch nicht möglich. Die Ursachen für die Wohnungsnot müßten beseitigt werden, dann wird die Wohnungsnot von selbst verschwinden. Die Ursachen aber können wir nicht beseitigen, denn sie liegen in der kapitalistischen Produktionsweise begründet, aus der sie — wenigstens zum größten Teile — entspringen. Was Herr Leymann vorschlägt, sind nur Palliativmittel, und sie kommen nur den Bauunternehmern zugute. Denn wer garantiert uns denn, daß, wenn wir wirklich Erleichterungen in den Bestimmungen über den Bau von kleinen Wohnungen treffen wollten, die Vorteile davon den Mietern zugute kommen? (Zuruf.) Wir haben nicht die geringste Garantie dafür. Es gibt ja Städte, die Bauordnungen haben, welche nicht die angeblichen Mängel der bremischen Bauordnung haben; Herr Leymann, warum ist denn auch dort eine Wohnungsnot? Ich erinnere nur an Hamburg, Berlin, Leipzig, Dresden, auch dort besteht eine Wohnungsnot, trotzdem die dortigen Bauordnungen viel nachsichtiger sind den Bauunternehmern gegenüber. Warum besteht also trotzdem auch dort — und dort gerade erst recht — eine Wohnungsnot? Ich bin fest davon überzeugt, daß eine Kommission die Erledigung der Frage so anfassen wird, wie Herr Leymann und seine Freunde es wünschen, und dann kommen wir nicht aus der Kalamität heraus. Deshalb bin ich nach wie vor der Ansicht, daß es am besten wäre, unsern Antrag anzunehmen. Es ist gesagt worden, die Wohnungsinspektion könne uns keinen Bericht erstatten. Ja, was soll sie denn leisten, wenn nicht

einmal das? Herr Leymann, sagen Sie uns doch bitte klipp und klar, daß sie keine Bedeutung habe, das wäre schon ein großer Fortschritt. Herr Hormann sagte freilich, es sei eine Folge der Besichtigungen der Gangwohnungen, daß die Wohnungsinspektion eingerichtet sei. Ja, eine Wohnungsinspektion ist eingerichtet, wir haben die Einrichtung mit dem schön klingenden Namen, aber sozialpolitisch besagt sie bis jetzt offenbar sehr wenig. Zur ausreichenden Wohnungsinspektion soll diese Einrichtung erst werden dadurch, daß man ihr Aufgaben zuweist, dann könnte sie zeigen, ob sie die nötige Umsicht und Kraft hat. Man müßte ihr aber auch den nötigen Spielraum geben. Wenn man aber einfach die Wohnungsinspektion als Luft betrachtet, dann ist es kein Wunder, daß nichts dabei herauskommt. Man klagt darüber, daß die Wohnungsinspektion keinen Bericht erstattet habe, und jetzt, wo sie einen Bericht erstatten könnte, sagt man, sie solle es nicht. Daß Herr Leymann und andere Bauunternehmer dagegen sind, verstehe ich vollkommen, denn dieser Bericht würde nicht nach dem Herzen der Bauunternehmer sein. Aber darum handelt es sich doch auch nicht. Wir können nicht so ohne weiteres dafür eintreten, daß die Bauordnung geändert werde, wie andere Herren. Die Sache müßte tiefer angefaßt werden, und darum sind wir der Meinung, daß uns zuerst ein Bericht der Wohnungsinspektion gegeben werden müßte, dann würden wir zu andern Vorschlägen kommen, wie die Kommission sie uns bringen wird. Wir müssen doch erst feststellen, wie umfangreich die Wohnungsnot ist, sonst arbeiten wir ja ins Blaue hinein. Daß eine Wohnungszählung uns Sicherheit auch über die Wohnungsnot bringen wird, erscheint mir zweifelhaft. Darum beantragen wir, daß die zuständige Behörde uns zunächst einen Bericht liefere. Mein Antrag will nicht nur feststellen lassen, in welchem Umfange eine Wohnungsnot besteht, sondern er fordert, daß die Wohnungsinspektion auch Vorschläge machen müsse, wie ihr abzuhelpen ist. Die Vorschläge der Wohnungsinspektion würden gewiß anders aussehen als die Vorschläge des Herrn Leymann auf dünnere Wände, schmälere Treppen usw. Gegen die Kommission, wie sie Herr Leymann vorschlägt, müssen wir uns aussprechen, obwohl Herr Runoth sagt, es sei nicht richtig, daß in die Kommission nur Bauleute hineingewählt würden. Mag sein. Aber wer wird hineinkommen? Herr Runoth sagt, er habe keine Zeit, seine schätzenswerte Kraft steht da also nicht zur Verfügung. Und so geht es manch anderm auch. (Zuruf: Sie kommen hinein!) Ich leider auch nicht, ich habe auch keine Zeit, (Weiterkeit) ich muß davon absehen. Wer kommt denn hinein? Ich fürchte sehr — ich will damit aber niemand zu nahe treten — daß nur Herren hineinkommen, die nicht ein volles Verständnis für die Bauordnung und vor allem für die Feinheiten, die dabei in Betracht kommen, haben,

Herren, die schlechthin mit der Bauordnung nicht einverstanden sind. Ich müßte Herrn Leymann schlecht kennen, wenn er nicht wie ein mit allen Hunden gehejter Fuchs (Große Heiterkeit) versuchen würde, die Löcher des Gesetzes noch größer zu machen, aus denen die Bauunternehmer herausschlüpfen können. Ich bin also der Meinung, daß, wenn die Herren eine Kommission niederlegen, in ihr die Herren Bauunternehmer die erste Geige spielen werden. Was da beschlossen wird, davon bin ich fest überzeugt, wird nach dem Herzen der Bauunternehmer sein. Damit ist uns aber nicht gedient, wenn wir die Bauunternehmer in Sachen der Wohnungsnot zu unseren Ratgebern machen. Diese Leute Vorschläge zur Besserung machen zu lassen, wäre daselbe, wie den Bod zum Gärtner zu machen. Die Bauunternehmer mögen vortreffliche Leute sein, aber gute Sozialpolitiker sind sie nicht. Das ist von niemand besser bewiesen als von Herrn Leymann, der die Sozialpolitiker Sozialidioten nannte. Eine solche Wertschätzung dient uns zu seiner Beurteilung. Von dem Herrn erwarten wir in der Frage nicht, was notwendig ist. Darum warne ich eindringlichst davor, eine Kommission einzusetzen. Das, was Herr Dr. Böhmert vorschlägt, eine ständige Deputation einzusetzen, soll gleichzeitig in der Kommission geprüft werden. Der Vorschlag ist an sich ja ganz gut. Warum aber nur eine Deputation für das Kleinwohnungswesen? Das halten wir nicht für richtig. Sie hätten den Antrag meines Freundes Tiedermann auf Niederlegung einer sozialen Kommission seinerzeit annehmen sollen. Sie sehen jetzt, wie recht wir hatten.

Wir haben seinerzeit die Niederlegung einer sozialen Deputation beantragt, weil wir wußten, es gibt Fragen des Kleinwohnungswesens, und nicht nur diese, sondern auch andere soziale Fragen; sie drängen in großer Fülle auf uns ein, und ihretwegen muß eine Deputation eingesetzt sein, die diese Fragen ins Auge faßt, sie prüft und uns mit Material versieht. Wenn wir so fortfahren, wie Herr Direktor Böhmert vorschlägt, dann werden wir erst nach langer Zeit eine Antwort haben. Die Niederlegung einer amtlichen Deputation wäre das richtige. Warum unterstützten Sie nicht die Einsetzung einer sozialen Deputation? Ich behaupte, daß wir damals wieder das Richtige getroffen haben. Sie werden es freilich nicht glauben wollen und meinen Antrag leider ablehnen und den Antrag bezüglich der Kommission annehmen.

Dann noch einige Worte wegen der Dachwohnungen. Von Herrn Leymann ist gesagt, Dachwohnungen von 2,50 m Höhe seien entschieden besser als Souterrainswohnungen von 2,75 m Höhe. Das bestreite ich nicht, aber ich glaube, er würde ein schiefes Gesicht ziehen, wenn er in einer Dachwohnung mit 2,50 m Höhe wohnen sollte. Ich weiß nicht, ob er in einer solchen eine Zeit zugebracht hat. (Herr Leymann: Darin bin ich groß geworden. Sie war noch niedriger!)

Groß sind Sie ja geworden. (Heiterkeit.) Ich muß sagen, daß eine solche Wohnung eine sehr schlechte ist. Die frische Luft, von welcher Herr Leymann sagt, ist in einer solchen Wohnung nicht vorhanden. Einmal hat sie zu kleine Räumlichkeiten und dann ist vor allem im Sommer keine frische Luft vorhanden, weil die Sonne auf das Dach scheint und Hitze in die Wohnung hinabstrahlt. Wer darin gewohnt und nicht wie Herr Leymann vergessen hat, wie es sich darin wohnt, der muß mir zustimmen, daß es vielfach geradezu gesundheitsmörderische Wohnungen sind. Weder beim Kommis, beim Militär finden Sie Wohnungen, die so niedrig sind, noch in den Gefängnissen. Wir stecken unsere Gefangenen nicht in solche Räume hinein. Wie wollen Sie dann aber den Arbeitern zumuten, in solch traurigen Wohnungsverhältnissen auszukommen? Wenn Sie das bedenken, dann müssen Sie die Sache anders zu fördern und in die Wege zu leiten suchen wie Leymann. Sie müssen mit uns dafür sorgen, daß derartige Zustände abgeschafft und für die Arbeiter und andere kleine Leute mindestens Wohnungsverhältnisse geschaffen werden, wie die sind, unter denen unsere Soldaten und die Gefangenen leben. Denn dabei bleibt es: Es leben Millionen von Arbeitern schlechter als die Gefangenen in den Zuchthäusern. — Das ist nicht richtig, was Herr Leymann vorschlägt. — Dann ist Klage geführt über die Lebensversicherungsbank, daß sie Hypotheken gekündigt hat, und das Geld nach auswärts gibt. Aber welchen Grund hat das? Der ist nicht genannt. Es liegt wahrscheinlich daran, daß die Bank außerhalb mehr Zinsen bekommt. Es ist nicht nur diese Bank, sondern die Sparkasse hat, wie ich höre, genau so gehandelt. Sie hat auch die Zinsen herausgelegt. Herr Direktor Böhmert schüttelt mit dem Kopfe. Ich glaube nicht, daß er das widerlegen kann. (Herr Leymann: Es ist leicht, das zu widerlegen!) Mit diesen Argumenten kommen wir nicht weiter, auch nicht mit dem, was Herr Kunoth sagt. Das ist ja sehr nett, das mit der Zusage eines Bauunternehmers. Herr Kunoth hat schon so manche Zusage erhalten, die nichts bedeutet, die nachher Luft war. Ich glaube, auch diese Geschichte von dem Bauunternehmer, der Häuser für 5000 M. baut, ist blauer Dunst. Für 5000 M. kann man in Bremen wohl schwerlich ein Haus bauen. Das scheint mir ein Ding der Unmöglichkeit. Herr Leymann, was haben Sie im Verein für Soziale Reform gesagt? Daß Sie nicht mehr für das Geld bauen können, wofür Sie vor zehn Jahren gebaut haben. Sie haben, wenn ich nicht irre, gesagt, früher mußten Sie 12 000 M., jetzt müßten Sie dafür 18 000 M. anlegen. (Unruhe. Glocke.) Die Grundstückspreise sind ungeheuer gestiegen. Wie will man uns da glaubhaft machen, man könne ein Haus für 5000 M. bauen! Und wenn man es tut, dann ist das noch keine Erledigung der Wohnungsnot. Herr Kunoth,

Sie haben von Herrn Direktor Böhmert gehört, daß Häuser sich mit 6% verzinsen müssen, und das müssen sie, weil doch auch die Reparaturkosten in Betracht kommen. Herr Leymann hat recht, wenn er sagt: „Sie sehen, es ist nicht genügend gebaut worden, weil das Geld nicht genügend verzinst wurde.“ Ich habe ausgeführt, weil die Kapitalisten in der Hochkonjunktur anderweitig viel höhere Profite herausholen können, darum hat man sich nicht auf die Bautätigkeit geworfen. Daß man von den Banken kein Geld hat bekommen können, hat also ganz einfache Ursachen. Ein Haus für 5000 M. macht bei 6% Verzinsung 300 M. Miete. Aber 300 M. kann ein Arbeiter im allgemeinen nicht für seine Wohnung ausgeben. Das ist freilich ein Zustand, den wir zu beklagen haben. Aber es ist nun mal nicht anders. Also erst Beweise, daß ein Wohnhaus für 5000 M. gebaut werden kann. Und wenn es gebaut ist, dann ist eine solche Lösung keine Lösung der Frage, die uns beschäftigt. Was müßte der Arbeiter machen, wenn er ein solches Haus gemietet hätte? Er müßte abvermieten. Was das bedeutet, ist gesagt. Ich kann also in dieser Vorschläge keine Lösung der bestehenden Schwierigkeit erblicken. Ich halte nach wie vor die in Bremen eingesetzte Behörde, die Wohnungsinspektion — nach der ja Herr Kunoth sich jahrelang gesehnt hat, bis sie zur Wirklichkeit geworden ist, in all ihrer Aermlichkeit — für die einzig richtige Instanz, die um einen Bericht angegangen werden muß. Wenn die dann sagt, mir stehen nicht die Mittel zu Gebote, um das und das zu tun, dann müssen wir sie eben weiter ausbauen und ihr die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Das aber ist klar, daß wir diese Behörde damit beauftragen müssen, und erst dann, wenn wir über den Umfang des Problems aufgeklärt sind, dann können wir daran gehen, die Vorschläge zu prüfen, nach denen geholfen werden kann. Ich bitte nach wie vor, nehmen Sie unsern Antrag an und gehen Sie nicht auf das ein, was Herr Leymann vorher empfohlen hat. Ich glaube nicht, daß das zum Ziele führt. Ich bitte im übrigen, wenn Herren aus den Erfahrungen in ihrem Beruf heraus Vorschläge zu machen haben, daß sie sie uns in irgend einer Weise bekannt geben und in die Öffentlichkeit bringen. Wenn z. B. Herr Richter Castendyck mancherlei Kenntnisse hat, die mancher andere nicht haben kann, dann wäre es gut, wenn er sie in die Öffentlichkeit brächte, wenn er sie bekannt gäbe; ebenso die Herren von der Gesellschaft für Soziale Reform. Und gut wäre es auch, wenn alle Lehrer und Schulpfarrer ihre Kenntnisse austauschten; ihre Erfahrungen, die sie in dieser Beziehung in ihrem Berufe gemacht haben. Wir würden dann dem Ziele sicher näher kommen.

Präsident: Herr Henke, Sie haben Herrn Leymann mit einem mit allen Hunden geheßten Fuchs

verglichen. Ich nehme an, daß Sie ihn nicht haben beleidigen wollen. (Herr Henke: Nein, durchaus nicht!) Ich bitte aber, von solchen Vergleichen in Zukunft abzusehen.

Herr Kunoth wünscht das Wort zur Aufklärung der Tatsachen.

Präsident: Ich kann Ihnen das Wort nicht mehr erteilen.

Der Antrag Henke wird abgelehnt.

Das Amendement Kunoth, (Kommission aus 15 Mitgliedern) wird abgelehnt.

Der Antrag Leymann wird angenommen.

Präsident: Damit ist der Antrag von Herrn Direktor Böhmert auf Einsetzung einer Deputation (Seite 754 unter b) hinfällig geworden. Der Kommission wird der Auftrag erteilt, die Niederlegung einer ständigen Deputation mit zu beraten.

Der Antrag Castendyk, die Frage der Einrichtung eines kommunalen Wohnungsnachweises (Antrag Böhmert Seite 754 unter a) der Kommission mit zu überweisen, wird angenommen.

Der Antrag Cordes wird angenommen.

Der Antrag Kunoth wird angenommen.

Schluß der Versammlung nach 10 Uhr.